I. Einleitung

**Lage und Kampf der Landarbeiter im ostelbischen Preußen
(vom Anfang des 19. Jahrhunderts
bis zur Novemberrevolution 1918/19)**

von

Hans Hübner

1. Das Verhältnis von Junkertum und Landarbeiterschaft in der Sicht von Karl Marx und Friedrich Engels

Jahrhundertlang hat der ostelbische Adel in verhängnisvoller Art und Weise auf die Geschichte des deutschen Volkes eingewirkt und gegen die nationalen Interessen gehandelt. Im Junkertum wurzelte der preußische Militarismus, der nicht nur für Deutschland, sondern auch für andere Völker unermessliches Leid heraufbeschwor.¹

Die ländlichen Arbeiter bebauten nicht nur den Grund und Boden der Junker und brachten deren Ernte ein, sie standen auch zu Hunderttausenden in Reih und Glied auf den preußischen Kasernenhöfen und ließen sich in ihrem Kadavergehorsam für die aggressiven und abenteurerlichen Unternehmungen der deutschen Militaristen drillen. Es lag auf der Hand, daß das ostelbische Junkertum an seinem Lebensnerv getroffen wurde, wenn es gelang, die politische und ideologische Bevormundung der ländlichen Arbeiter zu beseitigen und diese in die proletarische Bewegung einzureihen. Karl Marx und Friedrich Engels blieben die revolutionären Potenzen, die namentlich im ostelbischen Landproletariat schlummerten, nicht verborgen. Ihnen gebührt das große Verdienst, der Arbeiterbewegung schon frühzeitig auch in dieser Hinsicht entscheidende Lehren vermittelt zu haben, die in der Erkenntnis gipfelten, daß Sieg oder Niederlage der proletarischen Revolution weitgehend auch von der Lösung der Landarbeiterfrage abhängen.²

1 Vgl. *Klassenkampf Tradition Sozialismus*. Von den Anfängen der Geschichte des deutschen Volkes bis zur Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der Deutschen Demokratischen Republik. Grundriß, Berlin 1974, S. 186 ff.; A. S. Jerussalimski, Die Auflösung des preußischen Staates und die historischen Traditionen des Militarismus, in: Der deutsche Imperialismus, Berlin 1968, S. 659–680; H. Hübner, Das Preußentum, seine gesellschaftlichen Träger und Apologeten, in: *Węzłowe problemy dziejów Prus XVII–XX wieku*, Poznań 1971.

2 Vgl. *Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung* (im folgenden: GdA), Bd. 1, Berlin 1966, S. 104 ff.; F. Schaaf, Der Kampf der deutschen Arbeiterbewegung um die Landarbeiter und werktätigen Bauern 1848–1890, Berlin 1962, S. 9–48.

XII

Bereits das Kommunistische Manifest enthielt die Grundprinzipien einer revolutionär-proletarischen Agrarpolitik, indem es die „Expropriation des Grundeigentums und Verwendung der Grundrente zu Staatsaufgaben“ sowie die „Vereinigung des Betriebs von Ackerbau und Industrie“ und somit die allmähliche Beseitigung des Gegensatzes von Stadt und Land forderte.³ Ergänzend dazu hieß es in den 17 Forderungen der Kommunistischen Partei in Deutschland aus dem Jahr 1848, daß die Bewirtschaftung der enteigneten Landgüter „im großen und mit den modernsten Hilfsmitteln der Wissenschaft zum Vorteil der Gesamtheit“ erfolgen soll.⁴ Die Losung „Proletarier aller Länder vereinigt euch“ mußte schließlich auch vom Landproletariat gehört und beherzigt werden, wurde ihm doch eine Perspektive aufgezeigt, die Not und Elend für immer verbannte.⁵

In der bürgerlich-demokratischen Revolution von 1848/49 kämpften die ostelbischen Landarbeiter im wesentlichen noch isoliert von der revolutionären Arbeiterbewegung um die Durchsetzung ihrer berechtigten Forderungen und jagten den Junkern durch mancherlei Aktionen Angst und Schrecken ein. Aber schon zu dieser Zeit vernahmen sie hier und da den Ruf von Marx, Engels und anderen Mitgliedern des Bundes der Kommunisten, die sich anschickten, ihnen in ihrem schweren Kampf Beistand zu leisten. Ob mit Berichten über die unter den Landarbeitern verbreitete Forderung nach Land oder mit Artikeln über demagogische Schachzüge der Junker und der Bourgeois, immer wieder ergriff die „Neue Rheinische Zeitung“ als Sprachrohr der revolutionären Kräfte in Deutschland Partei für das geknechtete Landproletariat.⁶

Nach der Niederlage der Revolution von 1848/49 unterstützten Marx und Engels mit aller Energie die Gründung einer revolutionären Massenpartei der deutschen Arbeiterklasse. So sehr sie auch das Industrie-proletariat als Avantgarde zu mobilisieren suchten, übersahen sie zu keiner Zeit die notwendige Aktivierung der werktätigen Landbevölkerung. Friedrich Engels' Schrift über den deutschen Bauernkrieg von 1525, die im Jahre 1850 erschien⁷, war dazu angetan, nicht nur unter der

3 Vgl. K. Marx/F. Engels, Manifest der Kommunistischen Partei, in: K. Marx/F. Engels, Werke, Bd. 4, Berlin 1959, S. 459–493.

4 Vgl. K. Marx/F. Engels, Werke, Bd. 5, Berlin 1959, S. 3.

5 Vgl. N. G. Karotamm, Geschichtliches zur Lehre von der sozialistischen Landwirtschaft, Berlin 1962.

6 Vgl. K. Marx/F. Engels, Werke, Bd. 5 u. 6, Berlin 1959.

7 Ebenda, Bd. 7, Berlin 1960, S. 327–413.

werktätigen Bauernschaft die Erkenntnis von der Notwendigkeit eines Bündnisses mit der revolutionären Arbeiterklasse zu wecken, sondern überhaupt den revolutionären Gedanken auf dem platten Lande heimisch werden zu lassen.⁸

In den sechziger Jahren, als Ferdinand Lassalle und seine Gesinnungsgenossen drauf und dran waren, sich mit den preußischen Junkern zu verbünden⁹, war es wiederum Engels, der den deutschen Arbeitern eine revolutionäre Orientierung gab. Seine 1865 verfaßte und im gleichen Jahr erstmals veröffentlichte Arbeit „Die preußische Militärfrage und die deutsche Arbeiterpartei“ trug in ganz besonderem Maße zur Wahrung der proletarischen Interessen in dieser durch reaktionäre Machenschaften gekennzeichneten Situation bei.¹⁰

Einer der Kernsätze dieser bedeutsamen Abhandlung besagte, daß in Deutschland der größere Teil des Proletariats der Ausbeutung durch die Großgrundbesitzer unterliegt. Sowohl Feudalherren als auch Kapitalisten wären daher direkte Gegner der Arbeiterklasse und müßten gleichermaßen mit allen Mitteln bekämpft werden. Neben der „angestammten“ Abhängigkeit nannte Engels die systematische Verdummung, insbesondere auch durch die Pfaffen, den schlechten Schulunterricht und die Abgeschlossenheit von der Außenwelt als Faktoren, die den ländlichen Arbeitern den Eintritt in die revolutionäre Bewegung außerordentlich erschweren. Er bemerkte: „Die Bekämpfung der feudalen und bürokratischen Reaktion – denn beide sind bei uns jetzt untrennbar – ist in Deutschland gleichbedeutend mit dem Kampf für geistige und politische Emanzipation des Landproletariats – und solange das

8 Vgl. M. Bensing, Friedrich Engels' Schrift über den deutschen Bauernkrieg – ihre aktuelle Bedeutung 1850 und ihre Rolle bei der Herausbildung der marxistischen Geschichtswissenschaft, in: Friedrich Engels' Kampf und Vermächtnis, Berlin 1961, S. 158–208; H. Bartel, Der deutsche Bauernkrieg in der Tradition der revolutionären Arbeiterbewegung, in: ZfG, 1975, H. 2, S. 133 ff.

9 Im Hinblick auf Lassalle schrieb Engels am 5. Februar 1863 in einem Brief an Marx, daß es in einem vorwiegenden Agrarland wie Preußen „eine Gemeinheit ist, im Namen des industriellen Proletariats über die Bourgeoisie ausschließlich herzufallen, daneben aber der patriarchalischen Prügelexploitation des Landproletariats durch den großen Feudaladel mit keinem Wort zu gedenken.“ K. Marx/F. Engels, Briefwechsel, 3. Bd., Berlin 1950, S. 269.

10 Vgl. F. Engels, Die preußische Militärfrage und die deutsche Arbeiterpartei, in: K. Marx/F. Engels, Werke, Bd. 16, Berlin 1962, S. 37–78.

XIV

Landproletariat nicht in die Bewegung mit hineingerissen wird, solange kann und wird das städtische Proletariat in Deutschland nicht das geringste ausrichten, solange ist das allgemeine, direkte Wahlrecht für das Proletariat keine Waffe, sondern ein Fallstrick.“¹¹

Friedrich Engels' Schrift, die dem Leser eindringlich den Zusammenhang von Junkertum, Militarismus und Landarbeiterfrage vor Augen führte, war politisch von großer aktueller Bedeutung.¹² Ein Hauptanliegen bestand darin, die durch den Lassalleanismus unter den deutschen Arbeitern genährten Illusionen im Hinblick auf das allgemeine und direkte Wahlrecht zu zerstören und die revolutionäre Losung zu bekräftigen: Gemeinsamer Kampf der Arbeiter in Stadt und Land gegen die kapitalistischen und feudalistischen Ausbeuter.

Nach der Gründung der Internationalen Arbeiterassoziation im Jahre 1864 konnte beobachtet werden, wie sich die Prinzipien der marxistischen Agrarpolitik und damit auch die Grundsätze einer revolutionären Landarbeiterpolitik Schritt um Schritt in der internationalen Arbeiterbewegung durchsetzten.¹³ Dieser konfliktreiche Weg wurde namentlich durch die Kongresse zu Lausanne (1867), Brüssel (1868) und Basel (1869) markiert, auf die Marx und Engels einen nachhaltigen Einfluß ausübten. 1869 stand die Grundeigentumsfrage als erster Punkt auf der Tagesordnung. Nach harten Auseinandersetzungen bekannte sich die große Mehrheit der Delegierten des Kongresses zur Vergesellschaftung des Grund und Bodens. Wenige Monate danach benutzte Friedrich Engels die Neuauflage seiner Schrift „Der deutsche Bauernkrieg“ zur Popularisierung der Baseler Beschlüsse in Deutschland. Er schrieb zu dieser Arbeit ein Vorwort, in der er die Landarbeiter Nord- und Ostdeutschlands als „zahlreichste und natürlichste Bundesgenossen“ der industriellen Arbeiter in den Städten bezeichnete und die Beseitigung ihres Elends von der Vergesellschaftung des Grund und Bodens und seiner Bebauung durch Landarbeitergenossenschaften abhängig machte. Den Baseler Beschluß nannte Engels für Deutschland nächst England „höchst zeitgemäß“, da der Großgrundbesitz hier eine besondere Konzentration erfahren habe.¹⁴

11 Ebenda, S. 74.

12 Vgl. GdA, Bd. 1, S. 229 ff.; H. Hümmeler, Zur Bedeutung des Werkes von Friedrich Engels „Die preußische Militärfrage und die deutsche Arbeiterpartei“, in: Friedrich Engels' Kampf und Vermächtnis, S. 209–241.

13 Vgl. F. Schaaf, S. 49 ff.; N. G. Karotamm, S. 24 ff.

14 Vgl. K. Marx/F. Engels, Werke, Bd. 16, S. 393–400.

Zu welcher Zeit auch immer die deutsche Arbeiterklasse in ihrem Kampf für eine demokratische Gegenwart und sozialistische Zukunft politischer und ideologischer Wegweisung bedurfte, wurde sie ihr durch Marx und Engels zuteil. Auf meisterhafte Art und Weise demonstrierten sie die dialektische Einheit von revolutionärer Theorie und Praxis und leisteten der deutschen Arbeiterklasse im heroischen Abwehrkampf gegen das schändliche Sozialistengesetz Bismarckscher Prägung unschätzbare Hilfe. Ihre tatkräftige Unterstützung äußerte sich gerade auch in ihren Bemühungen, die werktätige Landbevölkerung aus einer Reserve der Bourgeoisie und des Junkertums in eine Reserve des revolutionären Proletariats zu verwandeln und so das politische Kräfteverhältnis in Deutschland entscheidend zu verändern.¹⁵

Durch die Vermittlung der revolutionären Erfahrungen der eigenen Klasse einerseits und der Aufdeckung der antinationalen, volksfeindlichen Rolle der Junker andererseits ließ sich eine beschleunigte Entwicklung des Klassenbewußtseins unter dem Landproletariat herbeiführen. Anfang März 1883 erschien im Anhang zu der Schrift „Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft“ die Untersuchung „Die Mark“, im November 1885 als Einleitung zu Wilhelm Wolffs „Schlesischer Milliarde“ die Arbeit „Zur Geschichte der preußischen Bauern“.

Mit allgemeinverständlichen Worten schilderte Engels darin das skrupellose Treiben der Junker und der anderen Großgrundbesitzer bei der Begründung und Ausweitung des Grundeigentums und stellte der Misere der Tagelöhner und der Schuldknechtschaft der Kleinbauern die alte Markgenossenschaft gegenüber, die auf dem Gemeineigentum an Grund und Boden basierte und der Engels in „verjüngter Gestalt“ eine Wiedergeburt verhieß.¹⁶ Ausgerüstet mit diesem Wissen über die Vergangenheit und die gesetzmäßige Entwicklung der Zukunft sahen sich die sozialdemokratischen Landagitatoren in die Lage versetzt, den Landproletariern eine echte Alternative zu ihrem traurigen Los aufzuzeigen.¹⁷

In den Jahren 1887/88 erarbeitete Engels einen größeren Aufsatz, der Probleme der Gewalt und Ökonomie bei der Gründung des Deutschen

15 Vgl. H. Gemkow, Friedrich Engels' Hilfe beim Sieg der deutschen Sozialdemokratie über das Sozialistengesetz, Berlin 1957, S. 132 ff.

16 Vgl. F. Engels, Die Mark, in: K. Marx/F. Engels, Werke, Bd. 19, Berlin 1962, S. 330.

17 Vgl. F. Schaaf, S. 220 ff.

Reiches 1871 zum Inhalt hatte. Bei der Darlegung der gesellschaftlichen Grundlage dieses preußisch-deutschen Machtgebildes kam er wiederum auf das Verhältnis von Junkertum und Landproletariat zu sprechen. Die Wahrnehmung der junkerlichen Interessen durch die „Revolution von oben“ wurde von ihm ins rechte Licht gerückt und nachgewiesen, daß Bismarck unter keinen Umständen gewillt war, Preußen in Deutschland aufgehen zu lassen. In der 1871 erfolgten Vorlage der Kreisordnung für die sechs preußischen Ostprovinzen, der „festen Burg des Altpreußentums“, sah Engels das erste Anzeichen dafür. „Unter verändertem Namen“, bemerkte er, „behielten die Junker alle wesentlichen Machtpositionen, blieben die Heloten Deutschlands, die ländlichen Arbeiter jener Landstriche – Gesinde wie Tagelöhner –, in ihrer bisherigen tatsächlichen Leibeigenschaft, zugelassen nur zu zwei öffentlichen Funktionen: Soldat zu werden und den Junkern bei den Reichstagswahlen als Stimmvieh zu dienen.“¹⁸

Im Jahre 1890 konnte die deutsche Arbeiterklasse ihren grandiosen Sieg über das Sozialistengesetz feiern. Brutaler Terror der junkerlich-bourgeois Machthaber hatte es nicht vermocht, sie auf die Knie zu zwingen. Die preußischen Junker mußten zudem noch die Tatsache hinnehmen, daß die unter dem Landproletariat hier und da ausgestreute revolutionäre Saat trotz ungünstiger Umweltbedingungen zu sprießen begann und vom reaktionären Unkraut nicht überwuchert werden konnte. An Teilen der Landarbeiter lag es auch, wenn die in der „Hochburg“ des Junkertums sonst so geräuschlos funktionierende konservative Wahlmaschinerie nun nicht mehr ganz intakt erschien. Es waren dies Erscheinungen, die gerade in Friedrich Engels einen scharfsinnigen Beobachter fanden. Gemeinsam mit Karl Marx hatte er die vom Lassalleanismus ausgehende bauernfeindliche Komponente in der deutschen Arbeiterbewegung bekämpft und erreicht, daß die deutsche Sozialdemokratie unter Führung von August Bebel und Wilhelm Liebknecht daran ging, die Schranken zu zerbrechen, die sie von der werktätigen Landbevölkerung trennten.

Mit der Beseitigung des Sozialistengesetzes wurde der Auftakt für eine verstärkte Agitation in den ländlichen Gebieten gegeben. Erstmals wurden auch größere Teile Ostelbiens von dem durch die gesamte Partei gehenden Schwung erfaßt. Hindernisse erwuchsen dabei nicht nur aus

18 Vgl. *F. Engels, Die Rolle der Gewalt in der Geschichte*, in: *K. Marx/F. Engels, Werke*, Bd. 21, Berlin 1962, S. 460.

den Abwehrmaßnahmen der Gegner, sondern auch aus den noch bestehenden Unklarheiten in grundsätzlichen Fragen der marxistischen Agrarpolitik, die unbedingt beseitigt werden mußten, wenn die Partei über die Anfangserfolge hinauskommen wollte.

Einen immer lauter vernehmbaren Mißklang brachten die Opportunisten in die sozialistische Landagitation, indem sie ihre „Theorie“ von der Überlegenheit des landwirtschaftlichen Kleinbetriebs über den Großbetrieb aufstellten und einem kleinbürgerlichen „Bauernschutz“ das Wort redeten. Sie stellten sich damit bewußt in einen Gegensatz zu Marx und Engels, die bewiesen hatten, daß das dem Kapitalismus immanente Konzentrationsgesetz auch im agrarischen Bereich seine Gültigkeit besitzt. Die Opportunisten suchten nicht nur den revolutionären Kern aus der Bauernfrage zu verdrängen, auch die den ländlichen Arbeitern durch die Klassiker des Marxismus gewiesene Perspektive stellten sie mit ihren Ansichten in Frage. Aber dem scheinbaren Sieg der in der Offensive befindlichen Opportunisten auf dem Parteitag zu Frankfurt a. M. im Jahre 1894 stand der tatsächliche Erfolg der marxistischen Kräfte auf dem Breslauer Parteitag 1895 gegenüber.¹⁹ Er wurde mit tatkräftiger Unterstützung von Friedrich Engels erfochten.²⁰

Der große Lehrmeister des deutschen Proletariats starb am 5. August 1895 und konnte daher diesen Erfolg nicht mehr miterleben. Aber mit der Arbeit „Die Bauernfrage in Frankreich und Deutschland“ hatte er der revolutionären Partei der Arbeiterklasse gleichsam sein politisches Vermächtnis hinterlassen. Sie erschien Anfang Dezember 1894 im theoretischen Organ der Sozialdemokratie, in der Wochenschrift „Neue Zeit“, also unmittelbar nach der Annahme eines Agrarprogramms durch die französischen Sozialisten in Nantes, aber zu einem Zeitpunkt, als die Diskussion über die Prinzipien eines derartigen Programms in der deutschen Sozialdemokratie in vollem Gange war. Die in der Arbeit enthaltene Hauptlehre galt nicht minder der deutschen Arbeiterpartei als der französischen: „Die Eroberung der politischen Macht durch die sozialistische Partei ist in absehbare Nähe gerückt. Um aber die poli-

19 Vgl. H. Hesselbarth, Revolutionäre Sozialdemokraten, Opportunisten und die Bauern am Vorabend des Imperialismus, Berlin 1968.

20 Vgl. F. Zimmermann, Friedrich Engels' Hilfe für die deutsche Sozialdemokratie im Kampf gegen den Opportunismus in der Bauernfrage in den neunziger Jahren des 19. Jahrhunderts, in: Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung (im folgenden: BzG), Sonderheft anlässlich des 15. Jahrestages der Gründung der SED, 3. Jahrg. 1961, S. 167–187.

XVIII

tische Macht zu erobern, muß diese Partei vorher von der Stadt aufs Land gehen, muß eine Macht werden auf dem Land.“²¹

Engels ließ die Frage keineswegs unbeantwortet, welche Maßnahmen im einzelnen diesem hohen Ziel entsprechen sollten. Dabei kam er in gewisser Hinsicht zu einer Weiterentwicklung der marxistischen Grundsätze in der Agrarpolitik, die sich besonders hinsichtlich der Differenzierung innerhalb der Bauernschaft und ihrer Einbeziehung in den Kampf um demokratische Rechte und Freiheiten zeigte. Aber so gründlich und umfassend Engels auch die Bauernfrage analysierte, versäumte er es wiederum nicht, die Partei auf die Hauptaufgabe bei der Landagitation in Deutschland zu orientieren. Er stellte die Frage der Gewinnung des ostelbischen Landproletariats erneut in einen größeren Zusammenhang, d. h. er brachte sie in unmittelbare Beziehung zur wirtschaftlichen und politischen Rolle der ostelbischen Junker im preußisch-deutschen Staatsgefüge. Die von ihm daraus abgeleiteten Schlußfolgerungen waren klar und eindeutig: Nach der Machtergreifung hat das Proletariat unverzüglich die Enteignung der Großgrundbesitzer vorzunehmen und den Grund und Boden Landarbeitergenossenschaften „zur Benutzung unter Kontrolle der Gesamtheit“ zu überlassen.

Daran anschließend bemerkte Engels: „Hier also können wir den Landproletariern eine Aussicht eröffnen, ebenso glänzend wie die, welche dem Industriearbeiter winkt. Und hiermit die Landarbeiter des ostelbischen Preußens zu erobern, kann für uns nur eine Frage der Zeit, und zwar der kürzesten, sein. Haben wir aber die ostelbischen Landarbeiter, so weht sofort in ganz Deutschland ein anderer Wind. Die tatsächliche halbe Leibeigenschaft der ostelbischen Landarbeiter ist die Hauptgrundlage der preußischen Junkerherrschaft und damit der spezifisch preußischen Oberherrschaft in Deutschland . . . Darum aber ist die Gewinnung der ostelbischen Landproletarier von weitaus größerer Wichtigkeit als die der westdeutschen Kleinbauern oder gar der süddeutschen Mittelbauern. Hier, im ostelbischen Preußen, liegt unser entscheidendes Schlachtfeld, und deshalb wird Regierung und Junkerschaft alles aufbieten, uns hier den Zugang zu verschließen.“²²

Ein Jahr zuvor hatte sich der dritte Internationale Sozialistenkongreß, der im August in Zürich stattfand, mit der Agrarfrage beschäftigt und einstimmig eine Resolution angenommen, in der die Organisierung des

21 F. Engels, Die Bauernfrage in Frankreich und Deutschland, in: K. Marx/F. Engels, Werke, Bd. 22, Berlin 1963, S. 486.

22 Ebenda, S. 504 f.

Landproletariats als eine der wichtigsten Aufgaben der Arbeiterparteien aller Länder erklärt wurde.²³ Friedrich Engels, mit 72 Jahren immer noch der unermüdliche Streiter für die Sache des internationalen Proletariats, wurde bei seinem Erscheinen von den Kongreßteilnehmern stürmisch begrüßt. In der Annahme der vorgenannten Resolution konnte er einen Erfolg seiner jahrzehntelangen Bemühungen um die Mobilisierung der ländlichen Arbeiter erblicken. Auch der 1896 in London tagende vierte Kongreß der II. Internationale bekräftigte die Notwendigkeit einer zielgerichteten Aufklärungs- und Organisationsarbeit unter dem Landproletariat.

Wenn es die Sozialdemokratie ernst meinte mit ihrem Kampf um Demokratie, Frieden und Sozialismus, dann durfte sie das ostelbische Landproletariat nicht aus den Augen lassen und kein Auf und Ab in der Aufklärungsarbeit dulden. In der „Bewegung von unten“, wie sie Engels in seiner Kritik des sozialdemokratischen Programmentwurfs 1891 als notwendige Ergänzung und Verbesserung der „Revolution von oben“ forderte, mußten die ländlichen Arbeiter einen wichtigen Platz einnehmen, denn ohne sie war die Vernichtung des Preußentums und die Errichtung der einheitlichen, demokratischen Republik nicht zu realisieren.²⁴

Die Forderung nach einer demokratischen Bodenreform und damit nach einer Entmachtung der Junker war nicht sozialistischen, sondern bürgerlich-demokratischen Ursprungs. Da ihre Verwirklichung durch die Revolution von 1848/49 ausblieb, erschien das Proletariat historisch dazu berufen, sie durchzusetzen. Die Bestrebungen zur Entmachtung des Junkertums waren dazu angetan, das Bündnis zwischen Industrie- und Landproletariat auf eine feste Grundlage zu stellen. Marx und Engels haben diese Lehre vielfach wiederholt und unterstrichen, wobei sie sich gleichzeitig gegen eine Aufteilung des enteigneten Großgrundbesitzes aussprachen und für eine kollektive Bewirtschaftung durch das Landproletariat eintraten.

Die Masse der ländlichen Arbeiter von der Notwendigkeit der Entmachtung des Junkertums zu überzeugen, war nicht leicht, noch schwie-

23 Vgl. *Protokoll des internationalen Sozialistenkongresses zu Zürich im Jahre 1893*, Zürich 1894, S. 48. — Eine nähere Einschätzung des Kongresses bei I. M. Kriwogus/S. M. Stezkewitsch, Abriß der Geschichte der I. und II. Internationale, Berlin 1960, S. 168 ff.

24 Vgl. F. Engels, Zur Kritik des sozialdemokratischen Programmentwurfs 1891, in: K. Marx/F. Engels, Werke, Bd. 22, S. 235.

riger aber war es, sie zu der Einsicht zu bringen, daß allein dem landwirtschaftlichen Großbetrieb die Zukunft gehört, denn noch immer sah die Masse von ihnen im Besitz einer kleinen Eigenwirtschaft einen Idealzustand.

Die historischen Erfahrungen bei der Gewinnung der werktätigen Landbevölkerung ließen W. I. Lenin unter den Bedingungen des Imperialismus dieses Problem neu durchdenken. In der von ihm genial entwickelten Strategie und Taktik des Proletariats in der bürgerlich-demokratischen Revolution und beim Übergang zur sozialistischen Revolution ordnete er die Frage nach der Aufteilung des Grund und Bodens organisch ein und zeigte den Weg auf, wie die landarmen Bauern und Landarbeiter mit tatkräftiger Unterstützung der Partei des Proletariats die bürgerlich-demokratischen Losungen durch sozialistische überwinden und danach handeln können.

2. Zur sozialen Lage und rechtlichen Stellung der Landarbeiter

Das Oktoberedikt des Jahres 1807 leitete eine tiefgehende wirtschaftliche und soziale Umgestaltung in Preußen ein. Im Ergebnis dieser Entwicklung stand aber nicht eine Stärkung der preußischen Bauernschaft, sondern als Hauptnutznieser dieser kapitalistischen Bauernbefreiung ging der preußische Adel hervor, der sich nun in die Lage versetzt sah, seine wirtschaftliche Position weiter zu festigen und auszubauen, um sich so der mehr und mehr in den Vordergrund tretenden kapitalistischen Umwelt anzupassen. Es war dies nach Lenin der „preußische“ Weg der Entwicklung des Kapitalismus in der Landwirtschaft. Danach „wächst die fronherrliche Gutsbesitzerwirtschaft langsam in eine bürgerliche, in eine Junkerwirtschaft hinüber, wobei die Bauern unter Herausbildung einer kleinen Minderheit von Großbauern zu Jahrzehnten qualvollster Expropriation und Knechtschaft verurteilt werden.“²⁵

Die Aufhebung der Frondienste der regulierten Bauern und der Wegfall des Zwangsgesindedienstes als Folge der Beseitigung der Erbüntertätigkeit mußten zwangsläufig zu einem grundlegenden Wandel in den ländlichen Arbeitsverhältnissen führen. War früher der freie landwirtschaftliche Lohnarbeiter im wesentlichen nur eine Ausnahmeerscheinung auf den ostdeutschen Gütern, so trat er jetzt in Massen auf und bildete alsbald die Grundlage der kapitalistischen Gutswirtschaft. Dabei darf jedoch nicht übersehen werden, daß die Herausbildung der freien ländlichen Arbeiterschaft in einem Prozeß erfolgte, der erst in der Jahrhundertmitte einen gewissen Abschluß erreichte. Neben dem vom Zwangsdienst befreiten Gesinde und den landlosen Schichten, die bereits im 18. Jahrhundert in einem beträchtlichen Umfang vorhanden waren, stellten die nicht regulierfähigen Kleinstelleninhaber und ruinierten Bauern die Hauptkontingente für die sich ständig vermehrende Landarbeiterschaft. Die Gutsbesitzer ließen – unterstützt durch die Agrar-

25 W. I. Lenin, Das Agrarprogramm der Sozialdemokratie, in: Werke, Bd. 13, Berlin 1963, S. 236.

politik des preußischen Staates – letztgenannte Quellen jahrzehntelang nicht zum Versiegen kommen.²⁶

Trotz gewisser Eigenarten, die in den einzelnen preußischen Provinzen auch nach der Agrarreform noch zu beobachten waren, verlief die Haupttendenz der Entwicklung in Ostelbien im großen und ganzen gleichförmig. Im wesentlichen führte sie zur Bildung von vier Kategorien innerhalb der Landarbeiterschaft: der Gutstagelöhner, Einlieger, Häusler oder Kätner und des Gesindes.²⁷

Unter den Gutstagelöhnern war in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts in fast allen östlichen preußischen Provinzen als vorherrschendes Arbeitsverhältnis das Instenwesen verbreitet. Der Insten dieser Zeit hatte auffallend noch vieles gemein mit seinem Vorgänger aus dem 18. Jahrhundert. In einem Kontrakt, der in der Regel auf längere Zeit befristet war und von beiden vertragsschließenden Parteien gekündigt werden konnte, verpflichtete er sich zur täglichen Arbeit auf dem herrschaftlichen Gut und im allgemeinen auch noch zur Stellung eines sog. Scharwerkers. Für die Entlohnung des Insten war charakteristisch, daß sie nur zu einem geringen Teil in Geld erfolgte. Neben freier Wohnung in einer der Katen des Gutsherrn und der Überlassung eines Gartenstückes erhielt er einige Morgen Ackerland zur Nutzung überwiesen.²⁸

Auch der Einlieger der Zeit nach der kapitalistischen Bauernbefreiung wies in seiner wirtschaftlichen und sozialen Stellung noch viele Merkmale auf, wie sie dem Einlieger des 18. Jahrhunderts eigen waren. Sein kontraktloser Status war nur ein scheinbares Plus für ihn; denn längere und günstige Arbeitsmöglichkeiten fand er im allgemeinen nur zur Erntezeit, während er sonst oftmals Monate hindurch beschäftigungslos blieb und dann auf geringe Ersparnisse angewiesen war, die nur in seltenen Fällen einer größeren Familie das Existenzminimum garantierten.

Gegenüber den Einliegern hatten die Häusler bzw. Kätner in ihrer

26 Vgl. H. Mottek, *Wirtschaftsgeschichte Deutschlands*, Bd. II, Berlin 1969, S. 18–42.

27 Näheres über den Entwicklungsprozeß bei J. Peters, *Ostelbische Landarmut – Sozialökonomisches über landlose und landarme Agrarproduzenten im Spätfeudalismus*, in: *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte* (im folgenden: JfW), Berlin 1967, Teil III, S. 255–302.

28 Vgl. H. Mottek, S. 224; H.-J. Rach, *Zu den Wohnverhältnissen der kontraktgebundenen Landarbeiter im östlichen Teil Brandenburgs im 19. Jahrhundert*, in: *Kultur und Lebensweise des Proletariats*, Berlin 1974, S. 159–184.

halbproletarischen Stellung einige Vorteile. Sie waren nicht wie diese auf eine Mietswohnung angewiesen und besaßen in der Regel neben ihrem Haus auch noch einige Morgen Land, die ihnen den Anbau der notwendigsten Nahrungsmittel gestatteten. Der Ertrag dieser Kleinstelle reichte jedoch bei weitem nicht aus, die Ernährung einer Familie zu sichern und gleichzeitig den zahlreichen Abgaben und Steuerforderungen – wie Klassensteuer, Grundzins, Kreisfeuersozietät, Haussteuer und Kommunalabgaben – gerecht zu werden. So blieb es dem Kleinstellenbesitzer nicht erspart, sich bei Bauern und Gutsherren als Tagelöhner zu verdingen, während die Bewirtschaftung des eigenen Grund und Bodens den Familienangehörigen überlassen bleiben mußte.

Eine weitere Kategorie der ländlichen Arbeiter bildete das männliche und weibliche Gesinde. Der Zwangsgesindedienst war als Attribut der Erbuntertänigkeit im Zusammenhang mit dem Oktoberedikt beseitigt worden; aber die Gutsherren und größeren Bauern waren weiterhin bei der Erledigung ständig notwendiger Arbeiten – wie Wartung des Viehs, Gespannführung usw. – auf eine gewisse Anzahl von Knechten und Mägden angewiesen. Ihre arbeitsrechtliche Stellung wurde fortan durch die preußische Gesindeordnung vom 8. November 1810 geregelt, mit welcher noch wesentliche Erscheinungen des Zwangsgesindedienstes von den Junkern in die Zeit nach der Bauernbefreiung hinübergerettet wurden. Besonders deutlich zeigte sich dies an den §§ 77 und 79 der Gesindeordnung. Ersterer lautete: „Reizt das Gesinde die Herrschaft durch ungebührliches Betragen zum Zorn und wird in selbigem von ihr mit Scheltworten oder geringen Tätlichkeiten behandelt, so kann es dafür keine gerichtliche Genugtuung fordern.“²⁹

Im § 79 hieß es: „Außer dem Falle, wo das Leben oder die Gesundheit des Dienstboten durch Mißhandlungen der Herrschaft in gegenwärtige und unvermeidliche Gefahr gerät, darf er sich der Herrschaft nicht tätlich widersetzen.“³⁰

Um 1815 dürften etwa über vier Fünftel der freien Arbeiter in der Landwirtschaft tätig gewesen sein.³¹ Für Ostelbien liegen folgende An-

29 L. Eggert (Hg.), Das heutige Gesinderecht in den Königlichen Preussischen Staaten, Berlin 1851.

30 Ebenda; zur Entwicklung des Gesindewesens in den einzelnen Provinzen siehe W. Kähler, Gesindewesen und Gesinderecht in Deutschland, Jena 1896.

31 Vgl. J. Kuczynski, Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Bd. 1, Berlin 1961, S. 221.

XXIV

gaben vor, die allerdings nur einen sehr beschränkten Aussagewert besitzen.³²

Provinzen	Tagelöhner u. dergl. 1816		Tagelöhner u. dergl. 1846		Landarbeiter 1858	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen
Ostpreußen	57 245	49 450	97 713	99 972	71 268	68 897
Westpreußen	45 436	22 927	81 719	48 680	49 926	45 813
Posen	26 663	11 335	80 517	58 113	54 024	49 403
Pommern	43 525	38 869	81 554	70 402	51 781	49 830
Brandenburg	54 679	41 140	98 911	75 519	41 070	42 549
Schlesien	80 659	85 898	132 883	85 086	56 463	60 003

Reifte schon durch die rasche Bevölkerungsvermehrung auf dem Lande eine Situation heran, die gebieterisch nach Abhilfe drängte, so mußte die Lage noch komplizierter werden, als es in den Jahren unmittelbar vor der Revolution einige Mißernten gab, die besonders die ländlichen Arbeiter trafen. Bereits das Jahr 1844 beschwor das Unheil herauf, das sich dann durch die schlechten Ernten der Jahre 1845 und 1846 fortsetzte. Nachhaltiger noch als die ungünstige Getreideernte wirkte sich das Mißraten der Kartoffel aus, die als Hauptnahrungsmittel das „Brot der kleinen Leute“ darstellte und von der man sagte, daß sie eigentlich erst das rasche Ansteigen der Bevölkerung auf dem flachen Lande ermöglicht hätte. Wenngleich schwere Folgen in ganz Ostelbien nicht ausblieben³³, so kehrten Not und Elend besonders in die Hütten der Landarbeiter in Oberschlesien³⁴ und Ostpreußen³⁵ ein.

Was für viele zunächst noch als Gerücht erschien, wurde zur grauenhaften Wirklichkeit, als der bekannte Mediziner Rudolf Virchow, der

32 *Jahrbuch für die amtliche Statistik des preußischen Staats*, 2. Jg., Berlin 1867, S. 233, 238, 251 u. 256.

33 Vgl. E. Jordan, Die Entstehung der konservativen Partei und die preußischen Agrarverhältnisse von 1848, München – Leipzig 1914, S. 102–116.

34 Vgl. H. Bleiber, Zwischen Reform und Revolution, Berlin 1966, S. 121 ff.; L. Wiatrowski, Zur Entwicklung des schlesischen Dorfes in der ersten Hälfte des 19. Jh., in: JfW, Berlin 1970, Teil II, S. 253–268.

35 Vgl. R. Stein, Die Umwandlung der Agrarverfassung Ostpreußens durch die Reform des neunzehnten Jahrhunderts, Bd. III, Königsberg 1934, S. 474.

am 18. Februar 1848 vom Kultusminister mit der Untersuchung des Typhus in Oberschlesien beauftragt worden war, mit eindringlichen Worten diese Katastrophe schilderte und so in ganz Deutschland einen Sturm der Entrüstung über diese barbarischen Zustände auslöste. Mit leidenschaftlicher Anteilnahme prangerte er die nationale und soziale Unterdrückung des Oberschlesiers an und stellte die Frage: „Was soll man aber von einem Volk erwarten, das seit Jahrhunderten in so tiefem Elend um seine Existenz kämpfte, das nie eine Zeit gesehen hat, wo seine Arbeit ihm zugute kam, nie die Freude des Besitzes, nie die Genugtuung des eigenen Erwerbes, des Lohns für mühselige Arbeit gekannt hat, das die Frucht seines Schweißes immer nur in den Säckel der Grundherrschaft fallen sah?“³⁶

Staatliche Unterstützung und private Wohltätigkeit bewirkten schließlich ein Abklingen des Notstandes, doch für viele kam die Hilfe schon zu spät. Von etwa 80 000 am Hungertyphus erkrankten Personen erlagen etwa 16 000 der Krankheit.³⁷

Blieb auch den anderen ostelbischen Gebieten ein derartig schreiendes Elend wie in Oberschlesien erspart, so hatten sich aber auch dort Zustände entwickelt, die das Landarbeiterproblem mehr und mehr in das öffentliche Blickfeld treten ließen. Unter dem Druck der revolutionären Ereignisse im Frühjahr 1848 sah sich das Preußische Landesökonomie-Kollegium veranlaßt, zur Lage der Landarbeiter eine Enquete durchzuführen. Man konnte als sicher voraussetzen, daß diese Untersuchungsergebnisse kein einwandfreies Material erbrachten, denn die aus allen Provinzen zusammengetragenen Berichte stammten in der Mehrzahl aus der Feder von Gutsbesitzern, die sich in den landwirtschaftlichen Vereinen ihre Interessenvertretungen aufgebaut hatten und natürlich ihre Berichte nicht im Sinne einer Selbstanklage abfaßten. Dennoch sind die Ergebnisse in verschiedener Hinsicht aufschlußreich.³⁸

Die erste Hauptfrage der Enquete lautete: „Was bedarf eine ländliche

36 R. Virchow, Gesammelte Abhandlungen aus dem Gebiete der öffentlichen Medizin und der Seuchenlehre, Bd. 1, Berlin 1879, S. 324.

37 Vgl. J. Ziekursch, Hundert Jahre schlesischer Agrargeschichte, 2. Aufl., Berlin 1927, S. 353.

38 Vgl. A. v. Lengerke, Die ländliche Arbeiterfrage — Beantwortet durch die bei dem Königl. Landes-Oeconomie-Collegium aus allen Gegenden der preußischen Monarchie eingegangenen Berichte landwirtschaftlicher Vereine über die materiellen Zustände der arbeitenden Classen auf dem platten Lande, Berlin 1848.

Arbeiterfamilie, deren Bestand im Durchschnitt auf fünf Personen anzunehmen ist, nämlich Mann und Frau, zwei bis drei Kinder, die das 14te Jahr noch nicht erreicht haben, oder der etwa eine alte Person, Vater oder Mutter des Mannes oder der Frau, zu ihrem auskömmlichen Unterhalte nach der üblichen Lebensweise dieser Klasse von Leuten in einer bestimmten Gegend, und zwar für 1) Wohnung, 2) Feuerung und Erleuchtung, 3) Nahrung, 4) Kleidung, 5) Viehfuttermittel, 6) Unterhaltung der Arbeitswerkzeuge und des Hausgeräts, 7) Salz, 8) Abgaben an Staat, Kirche und Schule.³⁹ Das Ergebnis besagte, daß für den elementaren Bedarf einer ländlichen Arbeiterfamilie durchschnittlich 115 Rtlr. erforderlich seien.⁴⁰

In der zweiten Hauptfrage hieß es: „Ist der Arbeiter nach den dortigen Verhältnissen im Stande, für diese Bedürfnisse durch seinen Verdienst auskömmlich und nachhaltig zu sorgen?“⁴¹ Die Beantworter dieser Frage konnten nicht umhin, in vielen Fällen ein klares „Nein“ auszusprechen.

Am günstigsten wurde die Lage der Gutstagelöhner dargestellt, die nach den gemachten Angaben im allgemeinen ihre Lebensbedürfnisse befriedigen konnten.⁴² Nur dem schlesischen Dienstmann wurde bestätigt, daß er sich gegenüber den Arbeitern anderer östlicher Provinzen schlechter stünde.⁴³

Eine besondere Notlage ließen die für die Häusler und Einlieger gelieferten Angaben erkennen. Ungenügende Arbeitsmöglichkeiten und eine starke Verschuldung waren vielfach Begleiterscheinungen des Daseins der Häusler und Kätner und ließen Dürftigkeit und Not in ihre Hütten Einkehr halten.⁴⁴ Ein noch düstereres Bild ergaben die Schilderungen der Einliegerverhältnisse verschiedener Gegenden. Aus dem Regierungsbezirk Königsberg wurde berichtet, daß die Einlieger es „selten weiter als bis zur Befriedigung des notwendigsten Lebensbedürfnisses, oft nicht 'mal so weit“ bringen.⁴⁵ Für den Regierungsbezirk Gumbinnen wurde eine starke Vermehrung der Einlieger konstatiert und in diesem Zusammenhang auf die Kartoffel als Hauptnahrungsmittel hingewiesen:

39 Ebenda, S. 5.

40 Vgl. ebenda, S. 13.

41 Ebenda, S. 6.

42 Vgl. ebenda, S. 24, 74, 157, 202, 213.

43 Vgl. ebenda, S. 253, 258, 260.

44 Vgl. ebenda, S. 14 ff.

45 Ebenda, S. 92.

„Die Progression hängt im Allgemeinen unmittelbar mit dem Gedeihen der Kartoffel zusammen. – Denselben Einfluß äußert diese Frucht auf die Lage der vorhandenen Heuerlinge. Diese ist durchgehends immer und überall eine prekäre, die schlimmste von allen. Mißrät jenes ihr hauptsächlichstes Nahrungsmittel, so geraten sie sofort in Not und Elend.“⁴⁶

In der Provinz Posen konnten sich die Einlieger über Arbeitsmangel kaum beklagen, aber welch kümmerliches Dasein auch hier die Landarbeiter fristen mußten, geht aus der Angabe hervor: „Zur Erleuchtung bedienen sie sich größtenteils nur des Kaminfeuers, selten haben sie eine Lampe oder Licht.“⁴⁷ Aus dem Kreise Demmin in Pommern wurde gemeldet: *„Diese Arbeiter sind hier im Ganzen am schlechtesten gestellt, und kann ihr Verdienst höchstens auf 100 Rtlr. berechnet werden, weshalb sie denn oft auch in der größten Dürftigkeit leben und Mangel an den notwendigsten Bedürfnissen leiden.* Die Kinder mancher solcher Arbeiter sind in ärmliche Lumpen gekleidet und erbetteln für die Familie das Brot. Es ist natürlich, daß ihrer manche den Gemeinden noch in den Jahren des kräftigen Alters zur Last fallen und geistig wie sittlich auf einer tiefen Stufe stehen.“⁴⁸ Während den Einliegern des Regierungsbezirks Liegnitz eine relativ günstige Lage zugeschrieben wurde⁴⁹, hieß es für den Bezirk Oppeln: „In Folge der unverhältnismäßig starken Vermehrung dieser Arbeiterklasse, des herrschenden Arbeitsmangels, der eingetretenen Notjahre, befindet dieselbe sich im Allgemeinen in einer mißlichen Lage.“⁵⁰

In verklausulierter Form mußte also selbst von den Gutsbesitzern die katastrophale Lage der ländlichen Arbeiter eingestanden werden. Die Landproletarier deutscher und polnischer Nationalität teilten sich dieses traurige Los, obwohl nicht übersehen werden konnte, daß die rigorose Unterdrückung der Polen durch Preußen gerade auch für die werktätige Landbevölkerung zusätzliches Leid heraufbeschwor.

46 Ebenda, S. 102.

47 Ebenda, S. 127.

48 Ebenda, S. 220; Hervorhebung im Original.

49 Vgl. ebenda, S. 284.

50 Ebenda, S. 280.

3. Die ostelbischen Landarbeiter in der bürgerlich-demokratischen Revolution von 1848/49

Im Jahre 1848 wurden sich zum ersten Mal große Teile der ostelbischen Landarbeiter ihrer sozialen Stellung bewußt. Mit Erstaunen und Schrecken zugleich mußte so mancher Gutsherr, der in einer patriarchalischen Ideenwelt lebte, die bittere Erfahrung hinnehmen, daß seine Arbeiter in den angebrochenen Kampf um demokratische Rechte und Freiheiten eingriffen und sich anschickten, ihren Beitrag zur Beseitigung der wirtschaftlichen und politischen Macht der Großgrundbesitzer zu leisten. Wenn auch noch beträchtliche Teile der ländlichen Arbeiter Ostdeutschlands dem Geschehen der Jahre 1848/49 verständnislos gegenüberstanden, so ist es dennoch nicht übertrieben, von einer Massenbewegung unter den Landarbeitern zu sprechen, die nicht auf eine Unterstützung der Reaktion hinauslief, sondern vielmehr eine Reserve der Revolution war.⁵¹ In einigen Gebieten, namentlich in der Provinz Posen, reihten sich zahlreiche Landarbeiter in die polnische Nationalbewegung ein und kämpften aufopferungsvoll gegen die preußischen Machthaber, wobei sie auch von der Hoffnung auf eine Agrarrevolution beflügelt wurden.

In den preußischen Ostprovinzen zeigten sich die ländlichen Arbeiter Pommerns und Ostpreußens⁵² an der Spitze der Bewegung; ihnen folgten mit Abstand die brandenburgischen und schlesischen Landarbeiter.⁵³ Unverkennbar war das Streben der preußischen Landarbeiter in den

51 Vgl. H. Hübner, Der Kampf der deutschen Bauern und Landarbeiter um eine Bodenreform (1848 — 1918 — 1945), in: Die Volksmassen Gestalter der Geschichte, Berlin 1962, S. 212 ff.; H. Bleiber, Bauern und Landarbeiter in der bürgerlich-demokratischen Revolution von 1848/49, in: ZfG, 1969, H. 3, S. 289—309; K. Obermann, Deutschland von 1815—1849, Berlin 1961, S. 278 ff.

52 Vgl. H. Hübner, Die ostpreußischen Landarbeiter im Kampf gegen junkerliche Ausbeutung und Willkür (1848—1914), in: ZfG, 1963, H. 3, S. 554 ff.

53 Vgl. J. Sydor, Ruch chłopski w powiatach górskich Dolnego Śląska u progu wiosny ludów, in: Studia i materiały z dziejów Śląska, Bd. 5 (1963).

einzelnen Provinzen weitgehend auf das gleiche Ziel gerichtet, nämlich die Verbesserung ihrer wirtschaftlichen und sozialen Lage. Auch die verschiedenen Methoden, die sie zur Erreichung dieses Zieles wählten, unterschieden sich kaum. Man suchte nicht nur auf direktem Wege voranzukommen, indem man den Gutsherren, Pächtern und Großbauern bestimmte Zugeständnisse abtrotzte, sondern war auch bemüht, indirekt, das heißt über die Abgeordnetenkammern und die Regierungen, zu Erfolgen zu kommen. Verständlicherweise bot die Bewegung manchmal noch ein recht primitives Bild – wenn wir etwa an die Zerstörung von Dreschmaschinen in Ostpreußen denken –, doch mußte sie als Gesamterscheinung sehr ernst genommen werden, was auf seiten der Regierungen und der Gutsbesitzer auch geschah. Dabei wurde der bedenkliche Charakter weniger durch lokale Geplänkel heraufbeschworen; er lag ungleich mehr in dem unter den ländlichen Arbeitern aufgekommenen Versuch begründet, mittels Versammlungen, geheimen Absprachen, Unterschriftensammlungen und Vereinigungen ihre Kräfte zusammenzufassen.

So mannigfaltig und von lokalen Interessen diktiert auch die mündlich und schriftlich vorgetragenen Forderungen und Beschwerden ausfallen mußten, an der Spitze dieser ganzen Skala stand eindeutig das Verlangen nach Land. Ob in Pommern oder Ostpreußen, Brandenburg oder Posen, in den verschiedenen Gegenden versprachen sich die ländlichen Arbeiter vom Erwerb einiger Morgen Ackerland einen Wandel ihrer hoffnungslosen Stellung. In den Augen der meisten Arbeiter galten schon drei bis sechs Morgen als erstrebenswert und ausreichend, vereinzelt kreisten die Gedanken jedoch um eine beträchtlichere Höhe.

Erhöhung des Tagelohnes, Regulierung der Arbeitszeit, Befreiung von Steuern und sonstigen Abgaben bzw. deren Verringerung, Beteiligung an den Separationen, Schaffung einer Gemeindeordnung, Aufhebung der Patrimonialgerichtsbarkeit waren weitere allgemeine Forderungen, die nicht ausschließlich an die Adresse der Gutsbesitzer, sondern zugleich an die der Bauern und des Staates gerichtet waren. Ohne Zweifel hätte sich mit der Verwirklichung einiger Forderungen die soziale Lage des ländlichen Arbeiters etwas verbessert. Wenngleich vereinzelte Gutsbesitzer zu kleineren Zugeständnissen bereit waren, die Masse von ihnen dachte jedoch nicht daran. Dies hätte ihrer Meinung nach ihre Vormacht auf dem Lande eingeschränkt. Schließlich darf nicht übersehen werden, daß sich unter Teilen der Landarbeiterschaft eine Strömung bemerkbar machte, die sogar auf eine vollkommene Aufteilung der Güter hinzielte.

Wie die Aktionen bewiesen, waren zahlreiche ostelbische Landarbeiter bereit, mit Gewalt derartige Forderungen durchzusetzen. Eine nachhaltig mobilisierende Wirkung ging dabei von den Wahlen zur Preussischen Nationalversammlung aus.

Dem zweiten Vereinigten Landtage war durch das Ministerium Camphausen am 2. April 1848 ein Wahlgesetzentwurf vorgelegt worden, in dem das allgemeine Wahlrecht durch den vorgesehenen Ausschluß der Dienstboten eine wesentliche Einschränkung erfuhr. Damit wurde den Gutsbesitzern die Gelegenheit geboten, sich „als Demokraten zu maskieren“; denn da sie sich der Stimmen des von ihnen abhängigen Gesindes sicher wähten, sprachen sie sich entschieden für dessen Einbeziehung in den Kreis der Wahlberechtigten aus.⁵⁴

Was kaum in diesem Ausmaß erwartet werden konnte, trat aber ein: Die Wahlen endeten mit einer entscheidenden Niederlage für die Junkerpartei. Unüberhörbar ging die Losung durch das Land: Keinen Gutsbesitzer und keinen Prediger zum Wahlmann! Bismarck bemerkte schon am 19. April 1848 in einem Brief, er hätte „wenig oder gar keine Aussicht gewählt zu werden“.⁵⁵

Während viele Gutsbesitzer angesichts der Stärke dieser junkerfeindlichen Bewegung kapitulierten, ließ ein Teil von ihnen kein Mittel unversucht, um auf die Wahl zu ihren Gunsten Einfluß zu nehmen. Die „Vossische Zeitung“ berichtete von einem Rittergutsbesitzer aus der Mark, der sich die Stimme seiner Tagelöhner mit Geld und Kartoffeln zu kaufen wußte.⁵⁶

Mögen auch hier und da die Landarbeiter derartige Wahlmanöver nicht gleich durchschaut haben, die Masse von ihnen konnte jedoch weder durch billige Zugeständnisse noch durch Drohungen von ihrer junkerfeindlichen Haltung abgebracht werden. Dies erbrachte eindeutig das Resultat der Urwahlen vom 1. Mai, denn aus den meisten ländlichen Wahlkreisen waren Bauern oder Landarbeiter als Wahlmänner hervorgegangen.⁵⁷

Wenn auch das indirekte Wahlverfahren den Bestrebungen der Regierung und des Adels entgegenkam, konnte dennoch nicht verhindert

54 Vgl. G. Schilfert, Sieg und Niederlage des demokratischen Wahlrechts in der deutschen Revolution 1848/49, Berlin 1952, S. 62.

55 Vgl. *Bismarckbriefe 1836–1873*, hg. v. H. Kohl, 8. Aufl., Bielefeld–Leipzig 1900, S. 60.

56 Vgl. Nr. 106 v. 7. 5. 1848.

57 Vgl. E. Jordan, S. 124 ff.; G. Schilfert, S. 114–116 und 393.

werden, daß aus den Wahlen vom 8. Mai 1848 neben zahlreichen Bauern auch ein Büdner, zwei Eigenkätner, ein Häusler und ein Tagelöhner als Abgeordnete hervorgingen.⁵⁸ Ihnen standen 27 Vertreter des Großgrundbesitzes gegenüber, von denen nur 12 adlig, die übrigen 15 bürgerlicher Herkunft waren. Berücksichtigt man noch, daß von den 12 Adelsvertretern allein 9 aus der Provinz Posen stammten, so wird das für den Adel so niederschmetternde Ergebnis noch klarer.⁵⁹

Gegenüber den Wahlen zur Preußischen Nationalversammlung trat das Interesse der ländlichen Arbeiter an der Bildung der Frankfurter Nationalversammlung beachtlich zurück.

Mit Spannung und Anteilnahme sah das ländliche Proletariat dem Zusammentritt der Nationalversammlung – des „Tagelöhnerparlamentes“, wie die Gegner sie verächtlich nannten – am 22. Mai in Berlin entgegen. Gebieterisch forderte man nun von den Abgeordneten die Einlösung ihrer Versprechungen, mit denen sie ja vor den Wahlen durchaus nicht sparsam umgegangen waren. Auch schon damals drohten Tagelöhner, daß sie ihren Deputierten totschiessen würden, falls er ihnen aus Berlin nicht das versprochene Land mitbrächte.⁶⁰

Neben Frankfurt am Main wurde nun vor allem auch Berlin das Ziel einer wahren Flut von Petitionen, die nicht selten die Unterschriften zahlreicher Tagelöhner trugen oder in deren Namen abgesandt worden waren.⁶¹ Noch einmal führte man darin den Abgeordneten mit aller Eindringlichkeit die ländlichen Übelstände vor Augen und erwartete eine schleunige Abhilfe. Aber die Geduld der ländlichen Arbeiter wurde von den Abgeordneten auf eine harte Probe gestellt. Bezog man zwar schon in den ersten Sitzungen in zunehmendem Maße Agrarfragen in die Debatte ein, berührten sie doch in erster Linie nur den Bauern und streiften das Landarbeiterproblem nur gelegentlich. Nicht anders verhielt es sich mit der Denkschrift, die der Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten, von Patow, am 20. Juni der Kammer übergab.

58 Vgl. das Verzeichnis der Abgeordneten zur Preußischen Nationalversammlung, in: *Verhandl. d. constit. Versammlung für Preußen 1848*, Bd. VI, Anhang.

59 Vgl. zur sozialen Herkunft der Abgeordneten die Tabelle bei G. Schilfert, S. 401.

60 Vgl. STAL Göttingen, Rep. 2, Tit. 30, Nr. 30, Vol. II.

61 Vgl. *Verhandl. d. constit. Versammlung für Preußen 1848*, Bd. VI, Anhang I, Verzeichnis der bei der Nationalversammlung eingegangenen Petitionen.

XXXII

Die darin angeführten Reformabsichten der Regierung auf agrarischem Gebiet beschränkten sich im großen und ganzen auf die Regelung der gutsherrlich-bäuerlichen Verhältnisse und ließen die ländlichen Arbeiter außerhalb des Gesichtskreises.⁶²

Erst in der 40. Sitzung der Abgeordnetenkammer, am 16. August, entwickelte sich eine große Debatte zum Landarbeiterproblem. Sie wurde ausgelöst durch einen dem Plenum vorgetragenen Bericht der Petitionskommission, der sich mit den eingegangenen Bittschriften und Beschwerden beschäftigte, die zum damaligen Zeitpunkt etwa 6 000 betrugten.⁶³ Im Hinblick darauf, daß ein beträchtlicher Teil dieser Petitionen Landarbeiterfragen zum Inhalt hatte, empfahl die Kommission zur Untersuchung der ländlichen Arbeitsverhältnisse die Bildung von Kreis-kommissionen, die durch die Wahlmänner des betreffenden Kreises gewählt werden sollten.⁶⁴ Schließlich war noch von einer Provinzialkommission die Rede, die die Ergebnisse zu einer Gesamtübersicht verarbeiten sollte, falls man sich nicht dazu entschied, sie direkt an die Kommission für Handel, Gewerbe und Arbeitersachen weiterzuleiten. Die Petitionskommission schloß sich damit einem Antrag des Abgeordneten Baumstarck an, den dieser bereits am 3. Juni 1848 in der Kammer eingebracht hatte.⁶⁵

Hart prallten in der folgenden ausgedehnten und erregten Debatte die Ansichten aufeinander. Doch so unterschiedlich sich die Standpunkte der einzelnen Diskussionsredner abzeichneten, die Mehrzahl von ihnen sah sich genötigt, von einer besonderen Notlage unter den Landarbeitern zu sprechen.

Obwohl gerade aus den Reihen der Linken die schärfste Verurteilung der ländlichen Arbeitsverhältnisse kam, konnte sie sich mit dem Antrage des Abgeordneten Baumstarck nicht befreunden. D'Ester, das bekannte Mitglied der Kölner Gemeinde des Bundes der Kommunisten⁶⁶, zählte zu den schärfsten Kritikern des Antrages. Seine Ausführungen gipfelten

62 Der Wortlaut der Denkschrift in: Verhandl. d. constit. Versammlung für Preußen 1848, Bd. I, S. 642–651.

63 Vgl. ebenda, Bd. III, S. 2028.

64 Vgl. ebenda, S. 2045.

65 Vgl. Zentrales Staatsarchiv Merseburg (im folgenden: Merseburg), Rep. 87 B, Nr. 11, Vol. I, Bl. 22–25.

66 Vgl. K. Obermann, Karl D'Ester, Arzt und Revolutionär; seine Tätigkeit in den Jahren 1842–1849, in: Aus der Frühgeschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Berlin 1964, S. 102–200.

in der Feststellung: „Das ist gewiß wahr, daß die Behandlung der sozialen Frage, die sich mit dem Schicksal der arbeitenden Klasse befaßt, dringend notwendig, daß sie wichtiger ist als die ganze Verfassungsfrage; aber deshalb will ich sie nicht durch einen so inhaltlosen Schein-Antrag abgemacht sehen, der dem Lande die Meinung geben wird, als täten wir etwas darin, während wir doch nichts tun, da gerade dadurch die Lösung der wichtigsten Fragen hinausgeschoben wird.“⁶⁷ Statt „un-nützer“ Kommissionen forderte d'Ester „vernünftige“ Kreis- und Gemeindeverwaltungen, die mit dem wirklichen Leben des Volkes verbunden sind. Verbreitete Heiterkeit erregten unter den Abgeordneten seine Schlußbemerkungen:

„Die Kommissionen, die Sie hier niedersetzen wollen, tragen immer den Verdacht der alten Liebhaberei für ständisch-gegliederte Institute an sich. Sie haben da 2 Grundbesitzer, 2 Pächter, 2 bäuerliche Grundbesitzer, 2 Häusler, 2 Tagelöhner, einen Landgeistlichen, einen Dorfschullehrer und einen Arzt – warum nicht auch einen Steuerexekutor und einen Gerichtsvollzieher.“⁶⁸

Trotz der zahlreichen ablehnenden Stimmen fand der Antrag auf Einsetzung von Untersuchungskommissionen bei der Abstimmung eine Mehrheit: Er wurde mit 155 : 140 Stimmen von der Kammer angenommen.⁶⁹ Sein weiteres Schicksal lag nun in den Händen der Minister für Handel und Gewerbe und für Landwirtschaft, denen er zur näheren Erwägung resp. Ausführung überwiesen wurde.

Das Landwirtschaftsministerium ließ erst eine geraume Zeit verstreichen, ehe es Schritte im Sinne des Baumstarckschen Antrages einleitete. Sämtliche Regierungen des preußischen Staates wurden in einem Rundschreiben vom 14. Oktober 1848 aufgefordert, dem Ministerium umgehend mitzuteilen, für welche Kreise die Bildung von Kommissionen zur Untersuchung der Landarbeiterverhältnisse als zweckmäßig erachtet werde. Bei dieser Angelegenheit sollte man jedoch mit größter Vorsicht verfahren, „damit nicht unter der ärmeren Bevölkerung Hoffnungen erweckt werden, deren Erfüllung unmöglich ist.“⁷⁰ In den Antwortschreiben der einzelnen Regierungen, die zum Teil erst im Laufe des Jahres 1849 in Berlin eintrafen, wurde nahezu einmütig die Bildung derartiger Kommissionen abgelehnt.

67 *Verhandl. d. constit. Versammlung für Preußen 1848*, Bd. III, S. 2079.

68 Ebenda, S. 2080.

69 Vgl. ebenda, S. 2095.

70 Merseburg, Rep. 87 B, Nr. 11, Vol. I, Bl. 27.

XXXIV

Inzwischen war viel Zeit ins Land gegangen, und der Adel hatte politisch wieder festen Boden unter den Füßen. Schließlich wurde – was nicht verwundert – die Angelegenheit ad acta gelegt, nachdem noch das Innenministerium und das Ministerium für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten in einer gemeinsamen Stellungnahme vom 20. Juli 1849 grundsätzliche Bedenken angemeldet hatten.⁷¹

Während die Demokraten infolge ihrer abwartenden und inkonsequenten Haltung, die sie namentlich in der Preußischen Nationalversammlung gegenüber dem Landarbeiterproblem an den Tag legten, zusehends an Einfluß unter den ländlichen Arbeitern einbüßten, blieb es Mitgliedern des Bundes der Kommunisten vorbehalten, sich als wirkliche Interessenvertreter des Landproletariats zu bewähren.

Dies spiegelte sich insbesondere in der unter der Chefredaktion von Karl Marx stehenden „Neuen Rheinischen Zeitung“ wider, die auf der Grundlage der 17 Forderungen der Kommunistischen Partei in Deutschland gegen das Junkertum einen kompromißlosen Kampf führte. In ihr veröffentlichte Wilhelm Wolff seine Artikelserie über die „Schlesische Milliarde“, in der er mit zündenden Worten die gutherrliche Ausbeutung der Bauern anprangerte und sich zugleich als Anwalt der ländlichen Tagelöhner und des Gesindes erwies.

Unmißverständlich äußerte er seine Ansicht zum Schluß seiner Betrachtungen: „Erst mit dem völligen Untergang des ganzen bisherigen raubritterlichen, gottbegnadeten Regierungssystems wird den Oberschlesiern der erste Hoffnungstern auf eine Besserung ihrer Lage, auf Befreiung aus den Krallen des Hungers und der Hungerpest aufgehen.“⁷² Von Friedrich Engels erfahren wir, daß die „Schlesische Milliarde“ in Tausenden von Exemplaren verbreitet wurde. Infolge der zahlreich eingehenden Bestellungen wurde es notwendig, in Schlesien heimlich einen Nachdruck zu organisieren, da die dort gewährte Pressefreiheit gegenüber der im Rheinland sehr zurückstand.⁷³

Unter den dargelegten Umständen mußte die Bilanz aus dem Jahre 1848 für die ländlichen Arbeiter Preußens äußerst dürftig ausfallen. Groß waren die Hoffnungen, die sie auf die revolutionäre Bewegung gesetzt hatten, doch die ihnen gegebenen weitreichenden Versprechun-

71 Vgl. ebenda, Bl. 296–298.

72 *Die Schlesische Milliarde*, Berlin 1954, S. 110.

73 Vgl. ebenda, S. 19; W. Schmidt, Wilhelm Wolff. Sein Weg zum Kommunisten. 1809–1846, Berlin 1963.

gen wurden von keiner Seite eingelöst. Selbst der schon in der 27. Sitzung der Preußischen Nationalversammlung am 11. Juli 1848 von Minister Hansemann angekündigte parzellenweise Verkauf von Domänenland⁷⁴ war über kümmerliche Ansätze nicht hinausgekommen.⁷⁵ Ein vom Abgeordneten Jung in der Kammer eingebrachter Antrag, die Gesindeordnung vom 8. November 1810 aufzuheben⁷⁶, wurde schon in der Zentralabteilung mit sechs gegen eine Stimme zu Fall gebracht. In der Begründung wurde angeführt: „Die Majorität der Zentralabteilung ging von der Ansicht aus, daß das Verhältnis des Gesindes zur Herrschaft nicht bloß rechtliche, sondern auch sittliche und wirtschaftliche Beziehungen habe, daß das Gesinde – meistens der ärmeren und niederen Volksklasse angehörend – durch das Dienstverhältnis in die häusliche Gemeinschaft der Herrschaft trete und daß mithin besondere Bestimmungen, welche den Dienstboten einen besonderen Schutz, der Herrschaft eine besondere hausherrliche Gewalt zugestehen, notwendig seien.“⁷⁷

Die Abteilung verständigte sich zwar über einen Antrag an die Nationalversammlung, das Ministerium aufzufordern, ihr oder der nächsten gesetzgebenden Versammlung eine revidierte Gesindeordnung vorzulegen⁷⁸, doch damit konnte gleichzeitig die Initiative als gescheitert angesehen werden.

Durch die Aufhebung der Patrimonialgerichtsbarkeit am 2. Januar 1849 entfiel die Erhebung des Schutzgeldes. Bei aller Bedeutung, die dem Schutzgeld auf der Seite der ländlichen Arbeiter beigemessen werden mußte, war seine Beseitigung doch nur ein Tropfen auf den heißen Stein und kein Ausweg aus der schwierigen wirtschaftlichen und sozialen Lage.

Regierung und Adel hatten den berechtigten Forderungen und Beschwerden der preußischen Landarbeiter im allgemeinen nur das Mittel der Gewalt entgegenzusetzen. Zahlreiche Arbeiter wurden inhaftiert und wegen ihrer Teilnahme an Aktionen zu längeren Freiheitsstrafen verurteilt. Allein den im Zusammenhang mit „Forstfrevel“ gerichtlich belangten Personen, die ja in der Mehrzahl aus Arbeiterkreisen stamm-

74 Vgl. *Verhandl. d. constit. Versammlung für Preußen 1848*, Bd. II, S. 1021.

75 Vgl. E. Jordan, S. 182 f.

76 Vgl. Merseburg, Rep. 169 B 4, Nr. 9, Bl. 12.

77 Ebenda.

78 Vgl. ebenda, Bl. 13.

ten, wurde durch eine Kabinettsordre vom 26. Juni 1848 Amnestie erteilt.⁷⁹

Eine wirkliche Massenbewegung ist unter den ländlichen Arbeitern der preußischen Ostprovinzen im Jahre 1849 nicht mehr aufgekommen. Das in Preußen eingeführte Dreiklassenwahlrecht drängte den politischen Einfluß der ländlichen Arbeiter auf ein Minimum zurück und trug wesentlich zur Verkümmern der vorhandenen Ansätze eines politischen Bewußtseins bei.

Aber so hoch auch das Unkraut in der folgenden Reaktionszeit die revolutionäre Saat des Jahres 1848 unter den Landarbeitern überwucherte, vollkommen erstickt werden konnte sie nicht. Klagen der Gutsbesitzer über das gesteigerte Selbstbewußtsein und die „Widerpenstigkeit“ der Tagelöhner und des Gesindes blieben keine Seltenheit. Um allen Eventualitäten vorzubeugen und auf dem Lande nicht wieder Verhältnisse wie die des Jahres 1848 heranreifen zu lassen, nutzten die preußischen Junker ihre konsolidierte Machtposition aus und brachten das Gesetz vom 24. April 1854 durch. Es drohte bei Verabredung zur Einstellung und Verhinderung der Arbeit und auch bei Aufforderung zu einer solchen Verabredung auf seiten des Gesindes und der Tagelöhner Gefängnisstrafen an, was faktisch einem Koalitionsverbot für die Landarbeiter gleichkam.⁸⁰

79 Vgl. *Ministerial-Blatt für die gesamte innere Verwaltung in den Königlich Preussischen Staaten*, 9. Jg., Berlin 1848/49, S. 216.

80 Vgl. *Gesetzsammlung für die Königlichen Preussischen Staaten*, Berlin 1854, S. 214–216.

4. Sozialistische Agitation und Organisation unter den Landarbeitern

In den Lehren und Schlußfolgerungen, die Marx und Engels aus der bürgerlich-demokratischen Revolution 1848/49 zogen, nahm die Gewinnung der ländlichen Arbeiter einen hohen Stellenwert ein. Eine revolutionäre Massenpartei konnte dieses Problem nicht ausklammern, sondern mußte es zielstrebig einer Lösung zuführen. Namentlich die auf verschiedenen Kongressen der Internationalen Arbeiterassoziation geführten prinzipiellen Auseinandersetzungen über die Grund- und Bodenfrage trieben den notwendigen politisch-ideologischen Klärungsprozeß wesentlich voran.⁸¹

Mit der Gründung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins am 23. März 1863 war es gelungen, den fortgeschrittenen Teil der deutschen Arbeiterklasse vom Einfluß der liberalen Bourgeoisie zu befreien und zu einer selbständigen politischen Partei zu formieren. Im Hinblick auf das ländliche Proletariat konnte Ferdinand Lassalle jedoch kein historisches Verdienst in Anspruch nehmen. Der von ihm eingeschlagene Kurs eines königlich-preußischen Staatssozialisten hinderte ihn, dem ostelbischen Junkertum den entschiedenen Kampf anzusagen und sich zum Interessenvertreter des Landproletariats zu erheben.

Wie schon sein „Offenes Antwortschreiben an das Zentralkomitee zur Berufung eines Allgemeinen Deutschen Arbeiterkongresses zu Leipzig“ erkennen ließ, schloß er zwar die ländlichen Arbeiter in seine politische Kalkulation mit ein, doch ernsthafte Schritte zu ihrer Mobilisierung hat er nicht unternommen. Für seine Produktivgenossenschaften betrachtete er sie als noch nicht „disponiert“; sie zu gewinnen, war für ihn ein Fernziel.⁸² In den folgenden Jahren machte sich allerdings innerhalb des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins eine proletarische Opposition bemerkbar, die das Landarbeiterproblem stärker in das Blickfeld zu rücken suchte.

81 Vgl. F. Schaaf, S. 49 ff.

82 Vgl. F. Lassalle, *Gesammelte Reden und Schriften*, hg. v. E. Bernstein, Bd. 3, Berlin 1919, S. 263.

Erst die Bildung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei unter Führung August Bebel's und Wilhelm Liebknecht's im August 1869 führte zu einer konsequenten Fortsetzung jener Traditionen, wie sie durch die Mitglieder des Bundes der Kommunisten bei der Einbeziehung der ländlichen Arbeiter in die revolutionäre Bewegung begründet wurden. Das in Eisenach verabschiedete Programm war unbeschadet gewisser kleinbürgerlich-demokratischer Tendenzen und lassalleanischer Einflüsse in seiner Aussage revolutionär.⁸³

Unter den Landarbeitern hätte es gewiß an Überzeugungskraft gewonnen, wenn sie im Programm noch direkter angesprochen worden wären. Mit der Annahme eines Antrages, an die Adresse der ländlichen Arbeiter eine Proklamation ergehen zu lassen, setzte die junge Partei aber ein unüberhörbares Signal. Auf ihrem ersten Kongreß, der im Juni 1870 in Stuttgart stattfand, stellte sie sich hinter den von der Internationalen Arbeiterassoziation 1869 in Basel gefaßten Beschluß, der das Recht und die Notwendigkeit verkündete, das Privateigentum an Grund und Boden abzuschaffen und in gemeinsames Eigentum umzuwandeln.⁸⁴ Damit wurde die ideologische Ausgangsposition für die Mobilisierung der ländlichen Arbeiter außerordentlich verbessert.

Die zu Beginn der siebziger Jahre einsetzende sozialdemokratische Agitation auf dem flachen Lande darf nicht unterschätzt, aber auch nicht überbewertet werden. Da die Partei in vielen Städten der preußischen Ostprovinzen nur sehr langsam Fuß fassen konnte, waren elementare Voraussetzungen für Aktivitäten unter der Landarbeiterschaft nur in bescheidenem Maße gegeben. Eine im Jahre 1873 durchgeführte Enquete über die Lage der ländlichen Arbeiter bestätigte, daß trotz ungünstiger Bedingungen hier und da bereits sozialistisches Gedankengut an die Landarbeiter herangetragen wurde. Genannt wurden u. a. die Regierungsbezirke Stralsund, Köslin, Marienwerder, Bromberg, Potsdam und Breslau.⁸⁵

Im Sommer 1874 brachen unter der ostpreußischen Landarbeiterschaft Unruhen aus, für die das Junkertum die Sozialdemokratie verantwortlich zu machen suchte. In Wirklichkeit war es aber ein spontanes Aufbegehren gegen junkerliche Ausbeutung und Willkür.⁸⁶ Bis zu einem

83 Vgl. GdA, Bd. 1, S. 278 f.

84 Vgl. ebenda, S. 284 ff.

85 Vgl. *Die Lage der ländlichen Arbeiter im Deutschen Reich*, hg. von Th. Frh. v. d. Goltz, Berlin 1875, S. 149 ff.

86 Vgl. H. Hübner, Die ostpreußischen Landarbeiter im Kampf gegen junkerliche Ausbeutung und Willkür (1848–1914), in: ZfG 1963, H. 3, S. 559 ff.

gewissen Grade meßbare Erfolge sozialistischer Agitation unter den ostelbischen Landarbeitern zeichneten sich bei den Reichstagswahlen der Jahre 1874 und 1877 ab. Obwohl vom Gothaer Vereinigungsparteitag des Jahres 1875 keine neuen Impulse zur Gewinnung des Landproletariats ausgingen, da der Parteitag die Landarbeiterfrage faktisch ignorierte, wurde in den folgenden Jahren durch eine aufopferungsvolle Agitation so manche Bresche in die junkerlichen Bastionen geschlagen.

Mit dem berüchtigten Sozialistengesetz aus dem Jahre 1878 verfolgten Bismarck und die herrschende Klasse nicht zuletzt das Ziel, das weitere Vordringen der Sozialdemokratie unter der ostelbischen Landarbeiterschaft zu verhindern bzw. verlorenes Terrain wieder zurückzuerobern. Nach den Ergebnissen der Reichstagswahlen vom 27. Oktober 1881 schien es fast so, als ginge ihre Rechnung auf, doch schon im Jahre 1884 konnte kein Zweifel mehr bestehen, daß auch große Teile der werktätigen Landbevölkerung das Ausnahmegesetz zum Scheitern verurteilten und entsprechend handelten.

Mit illegalen Kampfmethoden und durch Ausnutzung der noch verbliebenen legalen Möglichkeiten gelang es der Partei, sich auch in Ostelbien Gehör zu verschaffen und das Junkertum wirkungsvoll zu attackieren. Flugblätter wurden in hohen Auflagen unter die Massen gebracht und gelegentlich Versammlungen inszeniert. Die Spalten des „Sozialdemokraten“ wurden dazu genutzt, dem Landproletariat eine revolutionäre Orientierung zu geben.⁸⁷

Sozialdemokratische Landagitation erforderte von den betreffenden Mitgliedern und Funktionären nicht nur Mut und Opferbereitschaft, sondern auch ein hohes politisches und soziales Einfühlungsvermögen. War die Barriere des junkerlichen Terrors durchbrochen, so war der Erfolg noch lange nicht garantiert, denn die politisch-ideologische Verfassung der Landarbeiter gab dem städtischen Agitator so manches Rätsel auf. Sie zur Einsicht zu bringen, daß die Junker Parasiten sind und verschwinden müssen, war schon nicht leicht, noch schwieriger aber war es, ihren eingefleischten Monarchismus ad absurdum zu führen und sie von Illusionen gegenüber den Hohenzollern zu befreien.

Karl Liebknecht berichtete z. B. folgende Begebenheit: „Wohl das rührendste Erlebnis meines Lebens ist folgendes: Unter dem Sozialistengesetz, es mag Mitte der 80er Jahre gewesen sein, erschien eines Tages eine Deputation ostpreußischer Landarbeiter bei meinem Vater in Borsdorf im Exil. Sie legten ihm ihre jammervolle Lage ans Herz und baten

87 Vgl. F. Schaaf, S. 216 ff.

ihn, er möge doch *bei dem deutschen Kaiser ein gutes Wort* für sie einlegen, damit ihre Verhältnisse gebessert würden. Es kam in der Unterhaltung mit diesen braven biederen Leuten ein wahrer Kinderglaube an die Sozialdemokratie, ein wahrer Erlöserglaube, in geradezu überwältigender Weise zum Ausdruck. In der Tat, die Sozialdemokratie ist die Erlöserin der Landarbeiter. Sorgen wir dafür, daß der Kinderglaube dieser Leute nicht zuschanden werde!⁸⁸

Der langwierige Kampf gegen das Sozialistengesetz hatte viele Opfer gekostet und so manche Lücke in die Reihen der Partei gerissen, doch ihre Entwicklung zu einer sozialdemokratischen Massenpartei ließ sich nicht aufhalten. Die Entschlossenheit der Partei, auf diesem Wege weiter voranzuschreiten, kam auf dem Parteitag in Halle vor allem darin zum Ausdruck, daß mehrere Anträge sich mit Landarbeiterfragen befaßten und verschiedene Redner auf diese Thematik eingingen. August Bebel gab den Auftakt, indem er im Bericht der Parteileitung erklärte: „Auch nach einer anderen Richtung wollen wir unsere agitatorischen Fühlhörner ausstrecken, ich meine in bezug auf die ländliche Bevölkerung. Es wird uns und der neuen Parteileitung allerdings nicht leichtfallen, und es wird uns auf den ersten Schlag nicht möglich sein, ein Organ für die ländlichen Arbeiter zu gründen, aber sie wird dieses als eine Hauptaufgabe im Auge behalten müssen.“⁸⁹

In einer von Optimismus getragenen Diskussion wurden verschiedene Vorschläge unterbreitet, wie man am besten an die ländlichen Arbeiter herankommen könne. Einmütigkeit bestand darin, daß die Hauptlast von den Städten getragen werden müsse und bewährte Kräfte Pionierarbeit zu leisten haben. Alles in allem waren es Vorschläge konstruktiver Natur, und der Parteitag überwies die Anträge dem Parteivorstand zur Erledigung bzw. Berücksichtigung. Eine nähere Behandlung durch den Parteitag erfuhren zwei Anträge, die sich mit den ländlichen Arbeitsverhältnissen beschäftigten, insonderheit die Beseitigung der Gesindeordnung forderten. Der Parteitag entschied sich für eine Überweisung beider Anträge an die Reichstags- bzw. sächsische Landtagsfraktion.⁹⁰

88 *Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der sozialdemokratischen Partei Preußens*. Abgehalten zu Berlin vom 28. bis 31. Dezember 1904, Berlin 1905, S. 87.

89 *Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands*. Abgehalten zu Halle a. S. vom 12. bis 18. Oktober 1890, Berlin 1890, S. 39.

90 Vgl. ebenda, S. 254 f.

Die Behandlung der Landarbeiterfrage nach Aufhebung des Sozialistengesetzes lief also verhältnismäßig gut an. Jetzt kam es darauf an, den Worten Taten folgen zu lassen und auf dem Lande praktische Agitations- und Organisationsarbeit zu leisten. Auf dem Parteitag des folgenden Jahres mußte eine erste Bilanz gezogen werden.

Dem Parteitag zu Erfurt im Oktober 1891 erwuchs die wichtige Aufgabe, der deutschen Sozialdemokratie ein neues Parteiprogramm zu geben, denn das Gothaer Programm aus dem Jahre 1875 stand in seinen Grundthesen mit den Prinzipien einer revolutionären marxistischen Partei nicht im Einklang. Gerade auch für eine revolutionäre Politik der Partei gegenüber den Bauern und Landarbeitern war ein neues Programm vonnöten, resultierte doch aus dem lassalleanischen Schlagwort von der „reaktionären Masse“ eine bedeutende Desorientierung der Parteimitgliedschaft, gegen die Marx und Engels eindeutige Stellung genommen haben.

Wenn auch das Erfurter Programm in bezug auf die politischen Forderungen in verschiedener Hinsicht anfechtbar blieb, gab es dank der Hilfe von Friedrich Engels eine gute Grundlage für ein revolutionäres Handeln ab. Es zeigte sowohl für den industriellen als auch für den agrarischen Bereich die Konzentration der Produktion auf und charakterisierte die Großgrundbesitzer als ein Teil der Ausbeuterklasse, deren Grund und Boden, Gruben und Bergwerke, Maschinen, Verkehrsmittel usw. in gesellschaftliches Eigentum verwandelt werden müssen.⁹¹ Unter den Forderungen, die zum Schutz der Arbeiterklasse „zunächst“ erhoben wurden, berührten mehrere unmittelbar die Interessen der Landarbeiter. Sie betrafen die rechtliche Gleichstellung der Landarbeiter mit den gewerblichen Arbeitern, die Beseitigung der Gesindeordnungen, die Sicherstellung des Koalitionsrechts, die Erforschung und Regelung der Arbeitsverhältnisse durch ein Reichsarbeitsamt, durch Bezirksarbeitsämter und Arbeitskammern, die Übernahme der Arbeiterversicherung durch das Reich bei gleichzeitiger Mitwirkung der Arbeiter an der Verwaltung.⁹² Allerdings waren die einzelnen Programmpunkte auf dem Parteitag nicht näher erörtert worden, was auf die folgende Landagitation besonders erschwerend wirkte, da mancherlei Unklarheiten auftraten.

Im Mittelpunkt der Diskussion in Erfurt stand die Auseinandersetzung

91 Vgl. ebenda. Abgehalten zu Erfurt vom 14. bis 20. Oktober 1891, Berlin 1891, S. 3 f.

92 Vgl. ebenda, S. 6.

mit den sogenannten Jungen, die sich als „Linke“ aufspielten und die Partei in eine ernste Krise zu bringen drohten. Mehrere Delegierte hielten ihnen vor, durch ihr Verhalten das Ansehen der Partei gerade auf dem Lande sehr geschädigt zu haben. Wie tief die sogenannten Jungen zum Anarchismus abglitten, konnte aus Materialien ersehen werden, die der Parteivorstand vorlegte. In einem Flugblatt heißt es: „Den Industriearbeitern und wirklichen Sozialdemokraten kann es demnach ziemlich gleichgültig sein, ob bei der Reichstagswahl in Hinterpommern 500 oder 1 000 Stimmen für uns abgegeben werden ... Die soziale Revolution wird dort entschieden, wo sie zuerst begonnen hat; in den Industriezentren, wo die Proletarisierung schon seit 40 Jahren mit Riesenschritten vorwärts schreitet, unbekümmert um die Zustimmung der für alle Zukunft indifferenten Landbevölkerung“.⁹³ Der Parteitag wies den Angriff der „Jungen“ auf die revolutionäre Taktik der Partei entschieden zurück und erklärte in einer einstimmig angenommenen Resolution, daß kein Grund vorliege, die bisherige Taktik zu ändern.⁹⁴

Natürlich konnte die Landarbeiterfrage in Erfurt nur als eine Frage unter mehreren Beachtung finden, aber in Halle war ja ein Jahr zuvor das Signal zu einem Generalangriff auf die junkerliche Bastion gegeben worden, woran sich bestimmte Erwartungen knüpften. Erfurt brachte die Gewißheit, daß die Partei im Sinne dieser Aufgabe ernsthafte Anstrengungen unternahm, doch das Tempo ließ offenbar einige Wünsche offen. Dabei durfte allerdings nicht die Fülle der politischen Kleinarbeit übersehen werden, die bereits bis zu dieser Zeit in den östlichen Provinzen vollbracht worden war, und die, wie die regionalen Parteitage zeigten, in einigen Gebieten zügig weiterging.

Parteitage und Konferenzen auf Provinz-, Landes- oder Wahlkreisebene wurden nach der Aufhebung des Sozialistengesetzes bald zu einer festen Einrichtung. Ihre Abhaltung erfolgte meist im Turnus von ein bis zwei Jahren. Probleme der Landagitation nahmen auf diesen Beratungen oftmals einen breiten Raum ein. Mit der Einsetzung von Agitationskommissionen verfolgte man das Ziel, besonders unter den ländlichen Arbeitern sozialistisches Gedankengut zu verbreiten. In Protestresolutionen wiesen die Vertreter der Partei immer wieder auf die unhaltbaren Zustände auf dem Lande hin und forderten eine beschleunigte Abhilfe.

93 Ebenda, S. 62 f.

94 Vgl. ebenda, S. 156 f. u. 287.

Der Berliner Parteitag im Jahre 1892 brachte in der Landarbeiterfrage keine besonderen Überraschungen. Die Delegierten vernahmen aus dem Bericht des Parteivorstandes, daß die für die ländlichen Arbeiter bestimmten Broschüren noch immer nicht fertiggestellt werden konnten. In neuen Anträgen wurden wiederum Flugblätter und Broschüren für die werktätige Landbevölkerung gefordert.⁹⁵

Die aus den ländlichen Gebieten an den Parteivorstand erneut herangetragenen Wünsche und Beschwerden veranlaßten diesen, in die Tagesordnung des Kölner Parteitages 1893 den Punkt aufzunehmen: Parteipresse und Agitation mit besonderer Berücksichtigung der Landagitation. Es kam zu einer lebhaften Diskussion, in der verschiedene Delegierte dem Parteivorstand nachsagten, für die Agitation unter der werktätigen Landbevölkerung nicht genügend getan zu haben. Friedrich Leßner, einst Mitglied des Bundes der Kommunisten, vertrat die Ansicht, daß die Landagitation schon viel früher hätte energisch betrieben werden müssen, und wies auf die Propaganda hin, die der Bund in den Jahren 1848 und 1850 unter viel schwierigeren Bedingungen in den Dörfern der Umgebung von Köln erfolgreich bestritt.⁹⁶

Wilhelm Liebknecht äußerte kritisch zum Verlauf der Aussprache: „In der Debatte laufen leider so viele wichtige Themata durcheinander, daß man schwer auch nur ein einziges genügend behandeln kann. Die Landagitation allein schon hätte einen Gegenstand für eine selbständige Debatte gebildet, und es ist bedauerlich, daß man sie mit allen möglichen anderen Dingen zusammengeworfen hat.“⁹⁷

Die Behandlung der Agrarfrage auf dem Frankfurter Parteitag im Jahre 1894 entsprach einem echten Anliegen der Masse der Parteimitglieder. Namentlich für die in den ostelbischen Provinzen tätigen Genossen ergab sich die Erfahrung, daß die Landagitation ein außerordentlich schwer zu beackerns Feld darstellte, zumal es an konkreten Richtlinien mangelte. Von einem systematischen Vorgehen war man hier wie anderswo noch weit entfernt. Auf den regionalen Parteitagen wurde mehrfach über die erfolgreichsten Mittel beraten, aber der Erfahrungsaustausch auf dieser Ebene konnte eine prinzipielle Diskussion im Gesamtrahmen der Partei nicht ersetzen. Es war nämlich immer deutlicher

95 Vgl. ebenda. Abgehalten zu Berlin vom 14. bis 21. November 1892, Berlin 1892, S. 18 ff.

96 Vgl. ebenda. Abgehalten zu Köln a. Rh. vom 22. bis 28. Oktober 1893, Berlin 1893, S. 134.

97 Ebenda, S. 123 f.

zu verspüren, daß Kräfte innerhalb der Partei wirkten, denen es nicht um die Revolutionierung der Landbevölkerung ging, sondern letztlich um eine Abkehr von den marxistischen Prinzipien in der Agrarfrage. Die Partei stand daher in Frankfurt vor der Hauptaufgabe, diese opportunistischen Bestrebungen zurückzuweisen und mit der Beseitigung einiger Unsicherheiten in der Agrarpolitik einer erfolgreichen Landagitation den Weg zu bahnen.⁹⁸ Das Auftreten von Schoenlank und Vollmar als Berichterstatter aber verschaffte den Opportunisten eine günstige Ausgangsposition. Besonders letzterer sorgte dafür, daß sich die Diskussion im opportunistischen Fahrwasser bewegte und der Parteitag eine Fehlentscheidung traf.

Dem opportunistischen Eintreten für einen Bauernschutz, das auf eine Art Bauernfängerei hinauslief, und der weitgehenden Außerachtlassung der Differenzierung innerhalb der Bauernschaft im Kapitalismus entsprach eine Unterschätzung der Landarbeiterfrage. In verschiedenen Anträgen an den Parteitag war wiederum ihre Bedeutung hervorgehoben worden. Schoenlank in seiner Eigenschaft als erster Berichterstatter ging relativ ausführlich auf die Lage der ländlichen Arbeiter und das Problem ihrer Gewinnung für den Sozialismus ein. Die Aufklärung der ostelbischen Landarbeiter über das preußische Junkertum, der Kampf für die Aufhebung der Gesindeordnungen und das uneingeschränkte Koalitionsrecht waren seine Hauptgesichtspunkte. Er bezeichnete dabei die Landarbeiter als „erste Festung“, die erobert werden müsse, und stellte weiterhin fest: „In der Landarbeiterschaft des Ostens sind die Grundbedingungen für eine erfolgreiche sozialdemokratische Agitation gegeben.“⁹⁹

Diese und weitere treffende Bemerkungen können aber nicht über die Tatsache hinwegtäuschen, daß die Landarbeiterfrage in ihrer vollen Tragweite nicht erkannt wurde. Von einer Erstrangigkeit der Agitation unter dem Landproletariat und der Notwendigkeit einer unverzüglichen Entmachtung der Großgrundbesitzer war in der vorgelegten Resolution keine Rede. Es hieß darin lediglich: „Der Landarbeiterschutz soll das Koalitions- und Vereinigungsrecht des ländlichen Arbeiters schaffen, ihn auf eine Stufe mit den gewerblichen Arbeitern stellen (Aufhebung der

98 Vgl. H. Hesselbarth; F. Zimmermann; B. Wagner, Die Bodenreformpolitik der SPD, Berlin 1959, S. 30 ff.

99 Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten zu Frankfurt a. M. vom 21. bis 27. Oktober 1894, Berlin 1894, S. 138.

Gesindeordnung) und durch eigene sozialpolitische Schutzgesetze (Arbeitszeit, Arbeitsbedingungen, Aufsichtsbeamte) ihn vor der zügellosen Ausbeutung bewahren.“¹⁰⁰

Die Schoenlank-Vollmarsche Resolution wurde durch eine Art Überumpelungstaktik vom Parteitag mit großer Mehrheit angenommen. Damit war aber kein Schlußstrich unter die Agrardebatte gezogen worden. Wenn die Opportunisten glaubten, einen entscheidenden Sieg über die marxistische Agrarpolitik davongetragen zu haben, dann sahen sie sich sehr bald ernüchtert. Die Diskussion schlug nach dem Parteitag neue Wellen und sah nun eindeutig die marxistischen Kräfte im Angriff, denen Friedrich Engels als revolutionärer Strategie zur Seite stand. Mit der Veröffentlichung der Vorschläge zur Agrarfrage, die von der in Frankfurt eingesetzten Agrarkommission erarbeitet worden waren, sollte sie bereits vor dem Breslauer Parteitag einen Höhepunkt erreichen.

In der letzten Fassung des Entwurfs der Gesamtkommission waren zunächst jene Landarbeiterforderungen erwähnt, die das Erfurter Programm enthielt. Darüber hinaus wurde dem Parteitag vorgeschlagen, für die Agitation und Tätigkeit in den öffentlichen Körperschaften noch folgende Forderungen zu erheben: „Abschaffung aller mit dem Grundbesitz verbundenen behördlichen Funktionen und Privilegien (selbständige Gutsbezirke, Vorrechte in Vertretungskörperschaften, Patronatsrechte, Fideikomnisse, Steuervorrechte usw.)... Bewirtschaftung der Staats- und Gemeindeländereien auf eigene Rechnung oder Verpachtung an Genossenschaften von Landarbeitern und von Kleinbauern, oder, wo beides nicht möglich ist, Verpachtung an Selbstbewirtschafter unter Aufsicht des Staates oder der Gemeinde“.¹⁰¹ Die übrigen Forderungen zielten insbesondere auf den Bauernschutz hin und ließen den Entwurf als ausgesprochen opportunistisch erscheinen.

Die lebhaften Diskussionen auf den einzelnen Parteitagen der Provinzen und in der Presse sowie die zahlreichen Anträge an den Parteitag zu Breslau, in denen nahezu einmütig der Entwurf des Agrarprogramms verworfen wurde, zeugten davon, daß die Masse der Parteimitglieder dem Problem der Gewinnung der werktätigen Landbevölkerung nicht gleichgültig gegenüberstand. Frankfurt hatte eine gewisse Sorglosigkeit erkennen lassen, Breslau sollte diese Scharte wieder auswetzen.

¹⁰⁰ Ebenda, S. 135.

¹⁰¹ Ebenda. Abgehalten zu Breslau vom 6. bis 12. Oktober 1895, Berlin 1895, S. 215 f.

Als Berichterstatter zu Punkt 4 der Tagesordnung „Die Vorschläge der Agrarkommission zu dem Parteiprogramm“ waren H. Quarck und M. Schippel bestimmt worden. Ersterer ging in seinem Rechtfertigungsversuch sogar so weit, sich auf Arbeiten von Friedrich Engels zu berufen, obwohl dieser gerade mit seiner Schrift „Die Bauernfrage in Frankreich und Deutschland“ den opportunistischen Bestrebungen entgegengetreten war. Quarck sprach auch von der Notwendigkeit des „Landarbeiterschutzes“ und meinte, daß die Aufstellung entsprechender Agitationsforderungen für die Kommission der „weniger schwierige Teil der Arbeit“ gewesen sei.¹⁰² Er beharrte also in dieser Hinsicht auf seinem opportunistischen Standpunkt, denn gerade an der Unterschätzung der Landarbeiterfrage durch die Kommission hatte sich die Diskussion in den Mitglieoermassen entzündet.

Die Verfechter dieses opportunistischen Elaborats fanden bei Karl Kautsky, Clara Zetkin und anderen Delegierten keine Gnade. Clara Zetkin erklärte: „Wir müssen die Vorschläge der Kommission um so entschiedener zurückweisen, als sie nur eine Lokalisierung jener Strömung in unserer Partei ist, welche vor allem positiv, praktisch sein will und über dem Reformeifer den Charakter unserer Partei vergißt, den Charakter der heutigen Staats- und Gesellschaftsordnung übersieht, die scharfe Zuspitzung des Klassenkampfes in Deutschland.“¹⁰³ Ergänzend zu diesen grundsätzlichen Ausführungen bemerkten ostdeutsche Delegierte, daß die Millionen ostelbischer Landarbeiter im Entwurf praktisch unberücksichtigt geblieben sind und für ihn z. B. in Pommern nicht eine befürwortende Stimme vernommen werden konnte.¹⁰⁴

Insgesamt kamen aber die Landarbeiter in der langen Debatte wieder sehr kurz weg. Verschiedene Delegierte, darunter Wilhelm Liebknecht¹⁰⁵, stellten zwar fest, daß über die Landarbeiterfrage im Gegensatz zu den bäuerlichen Problemen Klarheit herrsche, doch eine restlose Klarheit konnte es nur geben, wenn auch die Bauernfrage auf marxistischer Grundlage einer Lösung zugeführt wurde. Durch diesen Verlauf der Diskussion ergab sich für Schippel in seinem Schlußwort die Möglichkeit, als Fürsprecher des Landproletariats aufzutreten, indem er das oberflächliche Eingehen auf die Landarbeiterproblematik rügte und die

102 Vgl. ebenda, S. 104.

103 Ebenda, S. 142 f.

104 Vgl. ebenda, S. 145.

105 Vgl. ebenda, S. 149.

Hoffnung auf ein baldiges Auftreten „handfester Knechte“ auf den Parteikongressen äußerte.¹⁰⁶

Breslau brachte für die Opportunisten eine empfindliche Niederlage. Mit der Ablehnung des Agrarprogrammentwurfs wurde ihr gezielter Vorstoß zurückgewiesen und damit auch die Frankfurter Resolution weitgehend überwunden. In der leidenschaftlich geführten Auseinandersetzung, die ein gesteigertes Interesse der breiten Mitgliedschaft für agrarische Probleme nach sich zog, wurden wichtige Grundsätze der marxistischen Agrarpolitik herausgearbeitet und erläutert. Ihre Hauptschwäche bestand offensichtlich in der Unterschätzung des Kampfes um die Demokratie. Diese führte dazu, daß die demokratischen Forderungen der Bauernschaft ungenügend mit den unmittelbaren proletarischen Interessen verknüpft und im Ringen um die Beseitigung des militaristischen Systems nicht ihrer Bedeutung entsprechend veranschlagt wurden. Die Lehren aus Engels' Arbeit über „Die Bauernfrage in Frankreich und Deutschland“ beherzigte man also nur zu einem geringen Teil. Von einer umfassenden schöpferischen Anwendung kann keine Rede sein. Die erneute Herausstellung der ländlichen Arbeiter als Hauptstütze der Partei auf dem Lande zählt zu den positiven Ergebnissen des Breslauer Parteitag. Diese hätte allerdings noch wirkungsvoller ausfallen können, wenn die Resolution darauf eingegangen wäre und auch die Diskussion dieses Problem allseitig beleuchtet hätte. August Bebel bemerkte in seinem ausführlichen Diskussionsbeitrag: „Wer den Grund und Boden in der Hand hat, hat die Gesellschaft in der Hand. Daher die Macht der preussischen Junker. Im Grund und Boden sind die Wurzeln ihrer Macht. Sie zu durchschneiden, heißt die Macht der Junker brechen.“¹⁰⁷

Der Mehrheit des Landproletariats war die Zusammenballung des Grund und Bodens in den Händen des Junkertums ein Dorn im Auge. Bebel und die anderen revolutionären Vertreter der deutschen Sozialdemokratie vertrösteten sie auf die sozialistische Zukunft; es war aber an der Zeit, die Zerschlagung des Großgrundbesitzes für die Gegenwart zu fordern und somit an die demokratischen Forderungen der werktätigen Landbevölkerung anzuknüpfen. Diese Fehler und Schwächen waren nicht unbedeutend, dennoch empfing die sozialdemokratische Agitation unter dem Landproletariat durch den Breslauer Parteitag starke Impulse. Sie zu nutzen, oblag vor allem den Funktionären und Mitgliedern in den ostelbischen Gebieten.

106 Ebenda, S. 173.

107 Ebenda, S. 117.

Während die Landarbeiterfrage auf den Parteitag der Gesamtpartei nach 1895 nur noch sporadisch und beiläufig behandelt wurde, trat sie auf regionaler Ebene stärker in den Vordergrund und fand vielfach Aufnahme in die Tagesordnungen der Provinzialparteitage. Es war ein ständiges Suchen nach den besten Methoden zur Eroberung des junkerlichen Ostens, ein Experimentieren im Interesse des geknechteten Landproletariats. An erfolgversprechenden Beschlüssen hat es nicht gefehlt, wohl aber oftmals an den notwendigen finanziellen Mitteln und sachkundigen Agitatoren. Anträge, die bereits früher Zustimmung fanden, tauchten gelegentlich wortwörtlich wieder auf, weil sich bis dahin nur wenig oder gar nichts in ihrem Sinne getan hatte.

Die Reichstagswahl im Jahre 1898 brachte für die Sozialdemokratie bedeutende Erfolge. Im Vergleich zu den vorangegangenen Wahlen entschied sich ein weit höherer Prozentsatz der ländlichen Arbeiter für die Kandidaten der Arbeiterpartei und stellte somit die Entwicklung des Klassenbewußtseins unter Beweis.

In einzelnen Gebieten war offensichtlich aufopferungsvolle Kleinarbeit geleistet worden, anderswo aber blieb es bei kampagnemäßigen Agitationstouren, so daß die sozialistischen Keime vom reaktionären Gestrüpp bald wieder überwuchert wurden. Schon in dieser Zeit gesellten sich zu den Agitatoren aus den Städten solche aus den Reihen der ländlichen Arbeiter, was die Erfolgchancen ungemein vergrößerte. Auf dem Parteitag für Ost- und Westpreußen, der im Sommer 1898 in Königsberg tagte, waren unter den 48 Delegierten aus 13 ostpreußischen und 5 westpreußischen Kreisen mehr als die Hälfte Landarbeiter.

Um die Jahrhundertwende konnte also die deutsche Sozialdemokratie bereits auf beachtliche Erfolge unter dem Landproletariat zurückblicken. In den verschiedensten Gegenden Deutschlands, besonders auch in Ostelbien, war die Partei bemüht, sozialistisches Gedankengut unter den ländlichen Arbeitern zu verbreiten. Flugblätter, Kalender und Broschüren wurden unter den schwierigsten Umständen nicht nur in die Umgebung der Städte, sondern auch in abgelegene Gebiete gebracht.¹⁰⁸

Unter den preußischen Landarbeitern wurde z. B. 1905 ein Flugblatt „Landarbeiter wache auf!“, in dem die Ausnahmegesetze gegen das Landproletariat angeprangert wurden, in 137 800 Exemplaren verbreitet. Als ein gutes Mittel, an die Masse der werktätigen Landbevölkerung

108 Einige Hinweise bei W. Matull, Ostdeutschlands Arbeiterbewegung, Würzburg 1973.

heranzukommen, erwiesen sich die Volkskalender, die nahezu in allen Agitationsbezirken erschienen. Die Auflagenhöhe betrug z. B. 1906¹⁰⁹ für

Pommern	146 000
Ostpreußen	55 000
Westpreußen	25 000
Posen	20 000

In verschiedenen Gebieten sah sich die Partei finanziell in die Lage versetzt, für die werktätige Landbevölkerung spezielle Zeitungen zu drucken. 1910 waren es bereits 16 Agitationsbezirke, die über derartige Monatsblätter verfügten.¹¹⁰ Darunter befanden sich:

„Landbote“ (Ost- u. Westpreußen)	gegr. 1898
„Der Pommer“	„ 1905
„Die Fackel“ (Brandenburg)	„ 1898
„Landbote für Schlesien“	„ 1907

Mit der mündlichen Agitation lag es allerdings sehr im argen, denn auf dem Lande standen der Partei nur selten Versammlungsräume zur Verfügung. Besitzer, die der Sozialdemokratie in dieser Frage entgegenkamen, wurden von den Gutsherren und den Behörden schikaniert und mit wirtschaftlichen Repressalien gefügig gemacht. Überhaupt ließen die Gutsbesitzer kein Mittel unversucht, um die Sozialdemokratie von ihren Gefilden fernzuhalten. Wo das Mittel der Einschüchterung nicht wirkte, wandten sie offenen Terror an. Der Bund der Landwirte, der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie, die Kriegervereine und andere reaktionäre Organisationen sahen eine ihrer Hauptaufgaben darin, die Ausbreitung sozialistischer Ideen unter der Landarbeiterschaft zu verhindern. Eine besondere Aktivität ging vom „Reichslügenverband“ aus, der mit seinen „Nationalen Volkskalendern“ und berüchtigten Flugblättern für die „Erhaltung einer bodenständigen, wirtschaftsfriedlichen und treuen Landarbeiterschaft“ kämpfte. Nach Angaben des Verbandes waren von den bis 1914 herausgebrachten 50 Millionen Schriften „über 4 Millionen an die Landarbeiter gerichtet oder im Interesse der Landwirtschaft geschrieben“.¹¹¹

109 Vgl. *Protokoll über die Verhandlungen des Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands*. Abgehalten zu Mannheim vom 23. bis 29. September 1906, Berlin 1906, S. 24.

110 Ebenda. Abgehalten in Magdeburg vom 18. bis 24. September 1910, S. 27.

111 Merseburg, Rep. 87, ZB, Nr. 641, Bl. 30 f. Die These von H.-J. Puhle,

L

Trotz dieser reaktionären Machenschaften, die Junker, Großbauern, Behörden, Kirchen- und Schulvertreter in einer Front sahen, und trotz der Tatsache, daß die Landagitation im allgemeinen noch einen kampagnemäßigen Charakter aufwies, gewann die Sozialdemokratie auch auf dem flachen Lande mehr und mehr an Boden und fand manchen Landarbeiter, der nun unter seinen Klassengenossen als Agitator wirkte. Die Erfolge dieser Bemühungen wurden allerdings weniger in steigenden Mitgliederzahlen als bei den Reichstagswahlen sichtbar. In solch ausgesprochenen Landarbeitergebieten wie Mecklenburg, Pommern und Ostpreußen, stieg der Stimmenanteil der Sozialdemokratie bei den Reichstagswahlen von 1898 und 1903 sprunghaft an, wobei die Erfolge unter den ländlichen Arbeitern offensichtlich wurden.

Mit Hugo Siebeneicher aus Mecklenburg erschien 1901 in Lübeck zum ersten Mal in der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie ein Landarbeiterdelegierter auf einem Parteitag, um sich in besonderem Maße für die Interessen seiner Klassengenossen einzusetzen, die seine Teilnahme am Parteitag selbst finanziert hatten.¹¹² Im Gegensatz zu den regionalen Parteitagen, die sich mehrfach mit der Agitation unter dem Landarbeiterproletariat und seinen Anliegen beschäftigten und nach Mitteln und Wegen suchten, den Einfluß der herrschenden Klassen auf dem Lande zurückzudrängen, standen die allgemeinen Parteitage in dieser Frage keineswegs auf der Höhe der Aufgaben. Obwohl von Jahr zu Jahr Anträge zur Landarbeiterproblematik eingebracht wurden, verschob man eine generelle Behandlung dieser Frage immer wieder.

Im Bericht des Parteivorstandes an den Parteitag zu Essen 1907 hieß es z. B.: „Die Landarbeiterfrage ist wohl sehr wichtig, aber doch nicht so brennend, daß ihre Erörterung schon auf dem kommenden Parteitag

daß die revolutionäre Arbeiterbewegung „bei der Organisation und Beherrschung der Landbevölkerung gegenüber den Großagrariern keine direkte Konkurrenz“ darstellte und diese die sozialdemokratische Agitation unter den ländlichen Arbeitern gelassen hinnahmen (Agrarische Interessenpolitik und preußischer Konservatismus, Hannover 1966, S. 186 f.), entspricht nicht den Tatsachen. — Wichtige Angaben zur Haltung der Junker und ihrer Interessenvertreter in Schlesien: S. Wystouch, *Studia nad koncentracją w rolnictwie Śląskim w latach 1850–1914*, Wrocław 1956, S. 218 ff.

112 Vgl. *Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands*. Abgehalten zu Lübeck vom 22. bis 28. September 1901, S. 281.

notwendig wäre.“¹¹³ Wie stark sich der opportunistische Einfluß gerade auch in der Landarbeiterfrage bemerkbar machte, zeigte weiterhin die Feststellung des Parteivorstandes aus dem Jahre 1909: „Die Landarbeiterfrage und die Organisation der Landarbeiter ist Gegenstand praktischer Organisationsarbeit geworden. Es empfiehlt sich, diesen Gegenstand weiter zu erörtern, sobald neue Erfahrungen gesammelt sind.“¹¹⁴ Gemeint war damit das Wirken des „Verbandes der Land-, Wald- und Weinbergarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands“. So bedeutungsvoll die 1909 erfolgte Gründung dieses Verbandes für die Landarbeiterbewegung auch war, die zitierte Einschätzung des Parteivorstandes ließ erkennen, wie weit der Einfluß der Reformisten reichte, denn die gewerkschaftliche Organisierung der Landarbeiter konnte doch nicht die Partei veranlassen, weniger intensiv die politische Bewußtseinsbildung des Landproletariats voranzutreiben.

Anstatt die Entmachtung der Großgrundbesitzer zu betreiben, die allein Ausgangsbasis für die Befriedigung des Landhungers unter dem ländlichen Proletariat sein konnte, suchten Arthur Schulz in den „Sozialistischen Monatsheften“¹¹⁵ und Otto Braun in der „Neuen Zeit“¹¹⁶ den Landarbeitern die im Interesse der Junker liegende Ansiedlung schmackhaft zu machen. Georg Schmidt wußte 1913 auf dem Parteitag Preußens zu verhindern, daß die Forderung nach Enteignung des Großgrundbesitzes in eine vom Parteitag angenommene Resolution zur Landarbeiterfrage aufgenommen wurde.¹¹⁷

In verschiedenen ostelbischen Gebieten, namentlich in den Provinzen Posen und Westpreußen, gab es einen hohen Prozentsatz von Landarbeitern polnischer Nationalität. Daher waren bei der Landagitation besondere Überlegungen und Maßnahmen notwendig. Dem Verlangen nach Agitationsmaterialien in polnischer Sprache wurde insgesamt zu wenig entsprochen. Ein nationalistisches Gebaren in opportunistischer Manier war in vielen Fällen dafür die Ursache. So wurden die Landarbeiter polnischer Zunge nur in ganz geringem Maße mit den Ideen des

113 Ebenda. Abgehalten zu Essen vom 15. bis 21. September 1907, Berlin 1907, S. 16.

114 Ebenda. Abgehalten zu Leipzig vom 12. bis 18. September 1909, S. 16.

115 Vgl. *Sozialistische Monatshefte*, 12. Jg., 3. Bd. (1908), H. 25, S. 1593.

116 Vgl. *Neue Zeit*, 31. Jg. (1912/13), Bd. I, S. 494–508 u. 875–879.

117 Vgl. *Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Preußens*. Abgehalten in Berlin vom 6. bis 8. Januar 1913, Berlin 1913, S. 240.

Sozialismus vertraut gemacht, zumal die Polnische Sozialistische Partei (PPS-ZP) den Erfordernissen einer breiten Agitation unter dem Landproletariat nicht gewachsen war. Die Masse der polnischen Landarbeiter blieb daher weiterhin im Banne des polnischen Nationalismus und Klerikalismus.¹¹⁸

Revolutionäre Klassenpolitik und Opportunismus schieden sich gerade auch in der Landarbeiterfrage. Zu jenen, die sich um die Gewinnung der ländlichen Arbeiter besondere Verdienste erwarben, zählt neben Arthur Stadthagen, Julian Marchlewski, Joseph Herzfeld vor allem auch Karl Liebknecht¹¹⁹. Als 1904 die preußische Regierung den Entwurf eines Kontraktbruch-Gesetzes vorlegte, das die ländlichen Arbeiter noch stärker der junkerlichen Willkür ausliefern sollte¹²⁰, wurde dieses Thema auf die Tagesordnung des Parteitages gesetzt. Während A. Stadthagen als Berichterstatter fungierte, nahm Liebknecht in der Diskussion das Wort und erklärte: „Es wird ein Ruhmesblatt in der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie bleiben, daß sie als Erste die entsetzlichen barbarischen Zustände in den Rechtsverhältnissen des Gesindes und der landwirtschaftlichen Arbeiter in ausführlicher und sachlicher Weise behandelt hat, und zwar unter der Schwurzeugenschaft der kompetentesten Zeugen, der Landarbeiter selbst.“¹²¹

Der Einfluß der revolutionären Kräfte in der Sozialdemokratie auf die ostelbische Landarbeiterschaft litt unter der Tatsache, daß sie in der Agrarfrage nicht mit allen Konsequenzen auf den Positionen des Leni-

118 Vgl. B. Danilczuk, *Ruch robotniczy w Wielkopolsce 1871–1914*, Toruń 1961; K. Wajda, *Wieś Pomorska na przełomie XIX i XX w.*, Poznań 1964. Zur spezifischen Situation unter den Saisonarbeitern vgl. J. Nichtweiß, *Die ausländischen Saisonarbeiter in der Landwirtschaft der östlichen und mittleren Gebiete des Deutschen Reiches*, Berlin 1959; B. Drewniak, *Robotnicy sezonowi na Pomorzu Zachodnim, 1890–1918*, Poznań 1959.

119 Vgl. H. Wohlgemuth, *Karl Liebknecht*, Berlin 1973; H. Schumacher/F. Tych, *Julian Marchlewski-Karski*, Berlin 1966; M. Polzin, *Junkerherrschaft – Militarismus – Landarbeiterfrage*, in: *Wiss. Ztschr. d. Universität Rostock*, 11. Jg., 1962, Ges.- u. Sprachw. Reihe, H. 3, S. 237 ff.

120 Vgl. K. Wajda, *Robotnicy rolni w Prusach na przełomie XIX i XX wieku zaostrezenie ustawodawstwa*, in: *Kwartalnik Historyczny*, R. LXXXV, z. 1, 1968.

121 *Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der sozialdemokratischen Partei Preußens*. Abgehalten zu Berlin vom 28. bis 31. Dezember 1904, S. 80.

nismus standen. Wenn sie die Aufteilung des Junkerlandes an die Landarbeiter und landarmen Bauern unter keinen Umständen als revolutionäre Maßnahme auf dem Wege zum Sozialismus gelten lassen wollten, war das ein weiteres Beispiel, daß sie das Problem des dialektischen Zusammenhangs zwischen Demokratie und Sozialismus erkenntnistheoretisch nur unvollkommen bewältigten. Die demokratischen Möglichkeiten und Notwendigkeiten wurden gerade im Hinblick auf die werktätige Landbevölkerung unterschätzt. Außerdem vollzogen sie nicht die Trennung von den Opportunisten, wodurch die Schlagkraft der Partei auf dem Lande weiterhin wesentlich beeinträchtigt wurde.

Der bis zum Jahre 1918 erreichte Stand bei der Mobilisierung der Landarbeiter war – gemessen an den Erfordernissen in der Phase der Vorbereitung und Sammlung der Kräfte für den proletarischen Befreiungskampf – unbefriedigend; von einem „Fiasko“ der sozialistischen Agitation in Ostelbien kann jedoch keine Rede sein.

5. Die Entstehung des Deutschen Landarbeiter-Verbandes und seine Entwicklung bis zum 1. Weltkrieg

Am 29. Juni 1890 trat in Hannover der erste Kongreß aller nicht-gewerblichen Arbeiter Deutschlands zusammen, von dem auch eine Initiative zur gewerkschaftlichen Organisierung der ländlichen Arbeiter ausging. Es zeigte sich bald, daß der in Hannover gegründete „Verband der Fabrik-, Land- und gewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands“ nicht die wesentlichen Belange der ländlichen Arbeiter verfocht. Noch am ehesten war es ihm möglich, die in den landwirtschaftlichen Nebenbetrieben beschäftigten Arbeiter zu vertreten, sonst aber waren die einzelnen Interessensphären zu verschieden, um sie gleichmäßig berücksichtigen zu können. So ergab es sich zwangsläufig, daß die eigentlichen Landarbeiter im Verband nie recht ins Blickfeld gerieten und somit weiterhin eine eigene Klassenorganisation entbehrten.

Bereits seit der Jahrhundertwende mehrten sich die Stimmen, die auf eine Veränderung der Situation drängten, und zwar besonders aus Mittel- und Ostdeutschland, wo die Landarbeiterfrage ein erstrangiges Problem war. Die Verwirklichung der Forderungen nach einer selbständigen Landarbeiterorganisation scheiterte zunächst an der Engstirnigkeit zahlreicher Funktionäre des Fabrikarbeiterverbandes.

Einen ersten Höhepunkt der Auseinandersetzungen brachte nicht zufällig das Jahr 1906. Es war die Zeit, in der das europäische Proletariat die Lehren aus der bürgerlich-demokratischen Revolution in Rußland zog und selbst im revolutionären Kampf anzuwenden versuchte. Wer zu jener Zeit das politische Kräfteverhältnis auf dem Lande richtig einzuschätzen wußte, übersah nicht, daß Partei und Gewerkschaften gerade im ostelbischen Bereich noch unendlich viel zu tun hatten, um bei einem Massenstreik mit den Landarbeitern rechnen zu können. Wenn auch Rosa Luxemburgs Haltung unklar erscheint, da sie die spontane Entwicklung überbewertete, traf sie 1906 in ihrer berühmten Streitschrift gegen die Opportunisten „Massenstreik, Partei und Gewerkschaften“ dennoch den Kern der Sache: „In Deutschland wird eine gewerkschaftliche Organisation, und sei sie noch so glänzend ausgebaut, wenn sie lediglich die Industriearbeiter umfaßt und für das ganze große Heer der

Landarbeiter unzugänglich ist, immer nur ein schwaches Teilbild der Lage des Proletariats im ganzen geben.“¹²²

Zusehends mehrten sich die Stimmen, die den Fabrikarbeiterverband in bezug auf die ländlichen Arbeiter für nicht kompetent erklärten. Nachdem bereits auf dem ostpreußischen Parteitag 1906 beschlossen worden war, die Frage der gewerkschaftlichen Organisation der Landarbeiter in die Tagesordnung des nächsten Parteitages aufzunehmen¹²³, wurde sie 1907 in Königsberg gründlich beraten. Der Fabrikarbeiterverband kam dabei sehr schlecht weg. Es herrschte die einmütige Ansicht, daß die von ihm eingeleiteten Maßnahmen keine Erfolge zeitigten und somit abgelehnt werden mußten. In einer einstimmig angenommenen Resolution wurden der Parteivorstand und die Generalkommission der Gewerkschaften ersucht, die Gründung einer selbständigen Landarbeitergewerkschaft herbeizuführen.¹²⁴

Im folgenden Jahr erscholl der Ruf nach einer Landarbeitergewerkschaft auch aus Westpreußen. Derartig eindeutige Willenskundgebungen verfehlten nicht ihre Wirkung. Für den Fabrikarbeiterverband erwies sich eine Revision der bisher eingenommenen starren Haltung, die letztlich gewerkschaftsschädigend wirken mußte, als unumgänglich. Sie vollzog sich auf dem 9. Verbandstag mit der Annahme folgender Resolution: „Der 9. Verbandstag des Verbandes der Fabrik-, Land- und Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen erklärt sich mit dem Beschluß der Konferenz der Zentralvorstände vom Dezember 1907 (Gründung einer selbständigen Organisation für Land- und Waldarbeiter) unter der Voraussetzung einverstanden, daß diese Organisation nicht auf die der Gewerbeordnung unterstehenden landwirtschaftlichen Nebenbetriebe ausgedehnt wird.“¹²⁵ Damit waren die größten Hindernisse beseitigt und der Weg frei gemacht für die Entwicklung einer selbständigen Gewerkschaft des deutschen Landproletariats.

Die Gründungskonferenz des „Verbandes der Land-, Wald- und Weinbergarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands“ – wie er sich zunächst nannte – fand am 21. und 22. Februar 1909 in Berlin statt.¹²⁶

122 R. Luxemburg, *Ausgewählte Reden und Schriften*, Bd. I, Berlin 1951, S. 215.

123 Vgl. *Königsberger Volkszeitung*, Nr. 205, v. 3. September 1906.

124 Vgl. ebenda, Nr. 293, v. 16. Dezember 1907.

125 *Der Proletarier*, Nr. 33, v. 15. August 1908.

126 Vgl. *Protokoll der Konferenz zur Gründung des Verbandes der Land-, Wald- und Weinbergarbeiter und -Arbeiterinnen in Berlin*, am 21. und 22. Februar 1909, Berlin 1909.

An ihr nahmen 15 Land- und Waldarbeiter, 16 Vertreter der Gewerkschaften, 18 Vertreter der SPD, 4 Vertreter des Parteivorstandes (Ebert, Molkenbuhr, Pfannkuch, Zietz) und 7 Vertreter der Generalkommission der Freien Gewerkschaften teil. Den Vorsitz der Konferenz übernahmen Legien und Ebert. Bauer (Berlin) teilte den Versammelten mit, daß der Parteivorstand und die Generalkommission sich darauf geeinigt hätten, die Gründung eines straff zentralisierten Verbandes mit Gaueinteilung vorzuschlagen. Da den Landarbeitern das Recht auf Verabredung zu Streiks versagt sei, müsse der Verband hauptsächlich als Unterstützungsorganisation in Erscheinung treten.¹²⁷

Bauers opportunistische Auslassungen, die den Charakter der Gewerkschaften als Organe des Klassenkampfes außer acht ließen, blieben nicht unwidersprochen, denn in der Debatte wurde mehrfach hervorgehoben, daß der Verband „gewerkschaftlich“ und politisch tätig sein müsse, wenn er den Erwartungen gerecht werden wolle.¹²⁸ Die Konferenz einigte sich auf die vorgeschlagene Organisationsstruktur und erklärte Berlin zum Sitz des Verbandes. Mit großer Mehrheit wurde auch beschlossen, unter dem Titel „Der Landarbeiter“ ein monatlich erscheinendes Verbandsorgan herauszugeben, das den Mitgliedern unentgeltlich zugestellt werden sollte.¹²⁹

Ungeachtet aller opportunistischen Begleitumstände war die Gründung des Verbandes der Land-, Wald- und Weinbergarbeiter und -Arbeiterinnen im Jahre 1909 ein wichtiger Einschnitt in der Geschichte der deutschen Landarbeiter.¹³⁰ Allen reaktionären Machenschaften zum Trotz schickten sie sich an, einen entscheidenden Schritt zur Überwindung ihrer Isolierung zu tun und den Junkern ihre geeinte Kraft spüren zu lassen.

Im Juli 1909 erschien in einer Auflage von 55 000 Exemplaren die erste Nummer des „Landarbeiters“.¹³¹ Unter der Überschrift „Eine frohe Botschaft für die Land-, Wald- und Weinbergarbeiter und -Arbeiterinnen“ gab der Verband darin nähere Auskunft über seine Ziele. Als Begründung für den Zusammenschluß wurde die Notwendigkeit genannt,

127 Vgl. ebenda, S. 8.

128 Vgl. ebenda, S. 12.

129 Vgl. ebenda, S. 21 u. 32.

130 Vgl. GdA, Bd. 2, S. 93 f.

131 Vgl. *Erster Geschäftsbericht für 1909 des Verbandes der Land-, Wald- und Weinbergarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands*, Berlin 1910, S. 6.

die ländlichen Arbeiter und Arbeiterinnen aus ihrer geknechteten und erbärmlichen Lage zu befreien. Die von den gewerblichen Arbeitern in ihrem gewerkschaftlichen Kampf errungenen Erfolge wurden als beispielgebend hingestellt. Weiterhin hieß es: „Der Verband gewährt die Möglichkeit, auf die Gestaltung des Lohnes, die Arbeitszeit und die Dauer des Arbeitsvertrages einen entscheidenden Einfluß auszuüben. *Er ist ein flammender Protest gegen die gesetzlichen Ausnahmebestimmungen*, welche bis heute den Landarbeiter in halber Leibeigenschaft gefangen halten.“¹³²

In den Millionen ostelbischer Landarbeiter besaß der neugegründete Verband ein weites Betätigungsfeld. Hier, in dem Herrschaftsbereich des Junkertums, hatte er seine Feuerprobe zu bestehen und seinen wahren Charakter zu enthüllen. Sein Wirken östlich der Elbe wurde zum eigentlichen Kriterium für ihn. Bereits 1909 brachte die ersten Erfolge. Ende des Jahres zählte der Verband insgesamt 4 691 Mitglieder, wovon allerdings nur 2 563 in der Landwirtschaft beschäftigt waren.¹³³ 9 534 Mitglieder, die sich auf 382 Ortsgruppen verteilten, erbrachte die Bilanz Ende 1910.¹³⁴ Die Mitgliederzahlen für die ostelbischen Gebiete ergaben folgendes Bild:

Ostelbische Gebiete	männlich	weiblich	insgesamt	davon in der Landwirtschaft
Ostprien	45	2	47	40
Westprien	230	14	244	244
Posen	38	20	58	56
Schlesien	123	2	125	117
Brandenburg	640	29	669	529
Pommern	445	11	456	442
Mecklenburg	917	10	927	847
insgesamt:	2 438	88	2 526	2 275

Von den 9 534 Mitgliedern des Verbandes entfielen etwa ein Viertel auf Ostelbien. Sowohl relativ als auch absolut gesehen war dies ein un-

¹³² *Der Landarbeiter*, Nr. 1, Juli 1909.

¹³³ Vgl. *Erster Geschäftsbericht für 1909*, S. 8.

¹³⁴ Vgl. *Jahresbericht des Verbandsvorstandes für das Jahr 1910*, Berlin 1911, S. 24.

LVIII

günstiges Ergebnis, das auf eine Unterschätzung der ostelbischen Landarbeiter schließen läßt. Sie sollte auch in den folgenden Jahren nicht überwunden werden.

1911 bewegten sich die Mitgliederzahlen immer noch in bescheidenen Grenzen. Für die einzelnen Gebiete wurde der Mitgliederstand wie folgt angegeben:¹³⁵

Ostpreußen	54
Westpreußen	523
Posen	37
Schlesien	260
Brandenburg	784
Pommern	744
Mecklenburg	2 331
	<hr/> 4 733

Besonders auffallen mußte der niedrige Mitgliederstand in Ostpreußen. Obwohl gerade von hier aus die Initiative zur Gründung des Verbandes ausgegangen war, hatte er praktisch noch keine Wurzel schlagen können. Einer relativ hohen Anzahl von Parteimitgliedern unter der Landarbeiterschaft standen nur wenige Gewerkschaftsmitglieder gegenüber. Das Verhältnis von Partei und Gewerkschaft war augenscheinlich nicht in Ordnung. Während in anderen Provinzen die Parteiarbeit unter der Landarbeiterschaft zugunsten einer einseitigen gewerkschaftlichen Tätigkeit vernachlässigt wurde, fiel man in Ostpreußen in das andere Extrem.

Das gleichzeitige Wirken von Partei und Gewerkschaft unter dem ländlichen Proletariat scheint nur selten völlig zufriedenstellend gelöst worden zu sein. Allzuoft gab es kein proletarisches Miteinander, was sich lähmend auf die Landarbeiterbewegung auswirkte. In Pommern gingen die Mitgliederzahlen von Parteivereinen verschiedentlich stark zurück, oder diese lösten sich gänzlich auf, weil die Landarbeiter nicht doppelte Beitragsverpflichtungen auf sich nehmen wollten und konnten.¹³⁶ Ein gesundes Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaft hätte zweifellos Möglichkeiten eröffnet, derartige Erscheinungen nicht aufkommen zu lassen.

Mit Georg Schmidt stand von Anfang an ein profilierter Opportunist

¹³⁵ Vgl. *Jahresbericht des Verbandsvorstandes für das Geschäftsjahr 1911*, Berlin 1912, S. 30.

¹³⁶ Vgl. *Stettiner Volksbote*, Nr. 191, v. 17. August 1912.

an der Spitze des Verbandes der Land-, Wald- und Weinbergarbeiter und -Arbeiterinnen. Wo immer revolutionäre Regungen innerhalb des Verbandes sichtbar wurden, suchte er sie auf reformistische Bahnen abzulenken. Auf dem 13. sozialdemokratischen Parteitag der Provinz Pommern im Jahre 1910 referierte er über die Landarbeiterorganisation und führte dabei aus: „Bei der Agitation wollen wir die gewerkschaftliche scharf von der Parteiorganisation trennen und zunächst nur sehen, daß wir die Landarbeiter dem Landarbeiterverband zuführen. Die Landarbeiter sind große Realisten, und deshalb biete ihnen die gewerkschaftliche Organisation namentlich mit ihrem Rechtsschutz, aber auch mit ihren Unterstützungseinrichtungen vorläufig mehr des Anziehenden als die Parteiorganisation. Wir sind auch der Meinung, daß die beiden großen Ströme der Arbeiterbewegung zusammenlaufen müssen. Und das geschieht auch, wenn auch der Landarbeiter zunächst nur für seine Gewerkschaft gewonnen wird.“¹³⁷ In der Vorstellungswelt von Schmidt bildete aber die Partei offensichtlich nicht den Hauptstrom, sondern nur einen Nebenfluß. Auf diesem Parteitag war auch mitgeteilt worden, daß sich der Parteivorstand in einer gemeinsamen Konferenz mit dem Vorstand und den Bezirkssekretären des Landarbeiterverbandes darüber verständigt hatte, weniger Gewicht auf die Parteimitgliedschaft der ländlichen Arbeiter zu legen. Die Folgen einer solch opportunistischen Einstellung blieben nicht aus. Viel zu langsam drang das Licht des Sozialismus in die armseligen Hütten der Landproletarier ein. In Ostelbien, wo Voraussetzungen für die Formierung von Hunderttausenden von Landarbeitern zu sozialistischen Sturmtruppen bestanden, waren es praktisch nur einige Hundertschaften, die auf den Plan traten. Die Partei überließ das Terrain weitgehend dem Landarbeiterverband, obwohl dieser in Ostelbien bewußt kurztrat. Eine weitere Bestätigung dafür erbrachte die erste Generalversammlung des Verbandes, die in der Zeit vom 27. bis 31. Dezember 1912 in Berlin abgehalten wurde. Unter den 44 Delegierten befanden sich 16 aus den ostelbischen Gebieten.¹³⁸

Schmidt stellte im Geschäftsbericht des Vorstandes fest: „In Ostdeutschland hat die Organisation noch nicht die Erfolge aufzuweisen, die notwendig sind. Aber wir müssen bedenken, bei der Gründung des Verbandes wurde ausdrücklich bestimmt, daß wir zuerst versuchen müssen, in den vorgeschrittenen Bezirken, in Mittel-, West- und Süd-

¹³⁷ Ebenda, Nr. 198, v. 26. August 1910.

¹³⁸ Vgl. *Protokoll der Verhandlungen der ersten General-Versammlung*, hg. vom Deutschen Landarbeiter-Verband, Berlin 1913, S. 3.

deutschland Eingang zu finden, um dort einen Stamm der Organisation zu schaffen und dann in das eigentliche Ostelbien, in die Domänen der Junker, einzudringen.“¹³⁹

In der Diskussion wurden einige wichtige Vorschläge gemacht, wie die Landarbeitergewerkschaft in Ostelbien an Boden gewinnen kann. Ein Delegierter aus Pommern betonte die Notwendigkeit, gerade die Gutsarbeiter zu organisieren, da nur so die Voraussetzungen für den Sturz der Junkerherrschaft zu schaffen wären. Obwohl er mit Hunden vom Hofe gehetzt worden war, ließ er sich nicht davon abhalten, sämtliche Gutsarbeiter um Tempelburg dem Verband zuzuführen.¹⁴⁰ Ein Delegierter aus der Provinz Brandenburg lenkte die Aufmerksamkeit der Generalversammlung besonders auf die polnischen Wanderarbeiter, speziell die „Landsberger Schnitter“. Ihm war es gelungen, eine Anzahl polnischer Landarbeiter gewerkschaftlich zu organisieren. Er nannte sie die „meistgedrückten in Preußen-Deutschland“ und forderte zu ihrer Aufklärung ein Flugblatt in polnischer Sprache. Schmidt hatte ihm auf eine entsprechende Anfrage keinen positiven Bescheid gegeben.¹⁴¹

In seinem Schlußwort zu diesem Tagesordnungspunkt sah sich Schmidt genötigt, auf den Vorwurf zu reagieren. Seine Antwort fiel klar und eindeutig im nationalistischen Sinne aus: „Die polnischen Arbeiter haben wir nicht vernachlässigt, aber erst wollen wir einen Stamm von deutschen Arbeitern heranziehen. Polnische Flugblätter herauszugeben, haben wir vorläufig keinen Anlaß. Wir sind keine Sprachenfanatiker, aber Tatsache ist, daß die deutschen Polen polnische Flugblätter usw. verlangen, auch wenn sie deutsch sprechen.“¹⁴²

Schmidts opportunistische Orientierung ging noch weiter! Nach seiner Auffassung sollte die politische Agitation unter den Frauen zunächst nur in der Industrie betrieben werden, nicht aber in der Landwirtschaft, wo es ihm vorläufig nur auf die Gewinnung der Männer ankam.¹⁴³ So gesehen mußten seine Beteuerungen von einer bevorstehenden gewerkschaftlichen Großoffensive auf die ostdeutschen Gebiete ihre Glaubwürdigkeit vollends einbüßen.

Auf dieser ersten Generalversammlung gab sich der Verband auch ein neues Statut und einen neuen Namen. Die Mehrheit der Delegierten ent-

139 Ebenda, S. 12.

140 Vgl. ebenda, S. 36 f.

141 Vgl. ebenda, S. 33 f.

142 Ebenda, S. 39.

143 Vgl. ebenda, S. 86.

schied sich für die offizielle Bezeichnung „Deutscher Landarbeiterverband“, die sich im allgemeinen Sprachgebrauch offenbar schon eingebürgert hatte.

Die opportunistische Konzeption der Verbandsleitung schloß nicht aus, daß sich auch im preußischen Osten durch eine mühevollen Kleinarbeit von Partei- und Gewerkschaftsfunktionären einige Erfolge einstellten. Aus Pommern wurde bekannt, daß gerade in jenen Gebieten die Reichstagswahlergebnisse für die Sozialdemokratie günstig ausfielen, wo der Landarbeiterverband aktiv geworden war.¹⁴⁴

1912 konnten in Schlesien 17 neue Ortsgruppen und 8 Zahlstellen eingerichtet werden, obwohl sich allerorts die gegnerischen Kräfte verstärkt rührten. Mit Unterstützung des Deutschen Landarbeiter-Verbandes gelang es in Gräben b. Striegau im Sommer 1912 für 42 Frauen eine Lohnerhöhung von 12 auf 15 Pfg. pro Stunde und eine Erhöhung des Akkordlohnes beim Rübenroden von 9 auf 10 Mark pro Morgen durchzusetzen. Im Winter 1912/13 kam es sogar zu einem Streik. 37 Arbeiter, darunter 17 Mitglieder des Landarbeiterverbandes, die bei den Weidenkulturen einer Firma aus Brieg beschäftigt waren, legten für mehrere Wochen die Arbeit nieder, um eine Lohnerhöhung zu erreichen.¹⁴⁵ Sonst aber waren ernstere Lohnbewegungen und Arbeitsniederlegungen unter den ostelbischen Landarbeitern kaum zu beobachten. Die revolutionären Kräfte innerhalb des Verbandes sagten den opportunistischen Bestrebungen den Kampf an, doch ihr Einfluß reichte nicht aus, um die rechten Gewerkschaftsführer von der Masse der Mitglieder zu trennen. Mit 20 276 Mitgliedern – darunter 884 weiblichen – zu Ende des Jahres 1913 hatte der Verband vor dem ersten Weltkrieg seinen Höchststand erreicht.¹⁴⁶

Im Vergleich zu anderen Gewerkschaftsverbänden war dies eine sehr niedrige Zahl. Von einer Gewinnung der Masse der ländlichen Arbeiter für die gewerkschaftliche Bewegung konnte keine Rede sein. Dies wird besonders dann deutlich, wenn man sich die ostelbischen Verhältnisse vor Augen führt. Der Verband war hier über Teilerfolge nicht hinausgekommen. Die Tatsache, daß der seit dem 1. Januar 1913 tätige Christ-

144 Vgl. *Stettiner Volksbote*, Nr. 206, v. 4. September 1912.

145 Vgl. *Geschäfts-Bericht des Deutschen Landarbeiter-Verbandes für 1912 bis 1913*, S. 51; F. Hering, *Die Landarbeiter und ihre Gewerkschaften*, Berlin 1929.

146 Vgl. *Geschäfts-Bericht des Deutschen Landarbeiter-Verbandes für 1912 bis 1913*, S. 8.

liche Zentralverband der Forst-, Land- und Weinbergarbeiter Deutschlands in den ostelbischen Gebieten über keinen nennenswerten Anhang verfügte, konnte doch vom Deutschen Landarbeiterverband nicht als Genugtuung empfunden werden; im Gegenteil, seine bloße Existenz hätte ihn anspornen müssen, die Freie Gewerkschaft unter den Landarbeitern noch mehr in Front zu bringen.¹⁴⁷

Die wahren Absichten der rechten Gewerkschaftsführer enthüllte dann der 1. August 1914. Bereitwillig unterstützte die Führung des Landarbeiterverbandes die Burgfriedenspolitik und gab kampflos Positionen preis, die sich die ländlichen Arbeiter mühsam errungen hatten. Ihr Verband wurde in jeder Hinsicht gleichgeschaltet und zu einer Auskunfts- und Fürsorgeeinrichtung für die Landarbeiterfrauen und älteren Arbeiter degradiert. Durch die Einberufungen zur Armee ging die Mitgliederzahl schlagartig um etwa die Hälfte zurück. Ungehemmt nahmen die ostelbischen Junker ihre Unterdrückungs- und Ausbeutungsfunktionen gegenüber den ländlichen Arbeitern wahr.

147 In einem Schreiben an die Generalkommission der Gewerkschaften vom 31. März 1913 betonte die Verbandsleitung die Notwendigkeit, den „weiten Osten“ unbedingt energischer zu bearbeiten, doch mit derartigen Erklärungen war das Problem nicht aus der Welt geschafft. — *Geschäftsbericht des Deutschen Landarbeiter-Verbandes für die Jahre 1914 bis 1919*, S. 6.

6. Die ostelbischen Landarbeiter in der Novemberrevolution 1918/19

Die Große Sozialistische Oktoberrevolution hat ihre Wirkung auf die landwirtschaftlichen Arbeiter in Deutschland nicht verfehlt. Es war nicht allein die Hoffnung auf einen baldigen Frieden, die sie beseelte. Begeistert wurde vor allem die revolutionäre Lösung der Bodenfrage in Rußland begrüßt, und manchenorts sah man darin einen Aufruf zur eigenen revolutionären Tat. Am 4. November 1918 erhielt der Reichskanzler Prinz Max von Baden vom Schriftsteller Richard Skowronek aus Hinterpommern einen Bericht, wonach die dortige Landarbeiterschaft bereits seit Wochen die Aufteilung der junkerlichen Güter „nach russischem Muster“ erörtert habe und man nur noch die Rückkehr der Fronttruppen abwarten wollte.¹⁴⁸

Trotz einer weit verbreiteten junkerfeindlichen Haltung waren in den Novembertagen nur vereinzelte Aktionen der ostelbischen Landarbeiter zu beobachten. Diese richteten sich gegen Gutsbesitzer und mißliebige Beamte und waren von Forderungen nach Land und verbesserten Arbeitsbedingungen begleitet. In der Provinz Posen ging eine Anzahl von Herrenhäusern in Flammen auf. Um sich vor den andrängenden Landarbeitern zu schützen, organisierten Gutsherren und Großbauern sogenannte Schutzwehren, die in den folgenden Monaten mehr und mehr den Charakter bewaffneter Freischaren erhielten, in denen mit Hilfe reaktionärer Offiziere die Gegenrevolution vorbereitet wurde.¹⁴⁹

Die neugebildete Regierung, der „Rat der Volksbeauftragten“, mußte

148 Vgl. *Prinz Max von Baden*, Erinnerungen und Dokumente, Stuttgart — Berlin — Leipzig 1928, S. 579 Anm.

149 In Ostpreußen konnten z. B. Unruhen durch Selbsthilfe der Gutsbesitzer unterdrückt werden. — In Januschau (Westpreußen) hielt es der Gutsherr Elard von Oldenburg-Januschau für notwendig, zu seinem Schutz einen „Stoßtrupp“ von 36 Mann ins Leben zu rufen. Vgl. *E. v. Oldenburg-Januschau*, Erinnerungen, Leipzig 1936, S. 209. Zur Situation in den polnischen Gebieten siehe: *A. Czubiński*, *Rewolucja 1918–1919 w Niemczech*, Poznań 1967, S. 151 ff.

dieser sich unter dem Landproletariat entwickelnden Kampfbereitschaft Rechnung tragen und hob bereits im Aufruf vom 12. November 1918 die Gesindeordnungen und Ausnahmegesetze gegen die Landarbeiter auf. Konnte dies als ein beachtlicher Erfolg für die Landarbeiter angesehen werden, so ließ sich gleiches von weiteren Maßnahmen nicht sagen. Um die Konstituierung von revolutionären Räten der Landarbeiter und Kleinbauern zu vereiteln – vereinzelt hatten sich auch im ostelbischen Raum derartige Räte gebildet –, erließ die Regierung, nachdem sie sich mit den landwirtschaftlichen Interessenvertretungen am 12. November 1918 verständigt hatte, einen Aufruf an die Landbevölkerung, in dem es hieß:

„Die neue deutsche Reichsregierung ruft hiermit alle Schichten der ländlichen Bevölkerung ohne Unterschied der Parteirichtung auf zu gemeinsamer, freiwilliger Bildung von Bauernräten, um die Volksernährung, die Ruhe und Ordnung auf dem Lande sowie die ungehinderte Fortführung der ländlichen Betriebe sicherzustellen... Die ländliche Bevölkerung kann versichert sein, daß die Reichsregierung sie nachdrücklichst schützen wird vor allen willkürlichen Eingriffen Unberufener in ihre Eigentums- und Produktionsverhältnisse.“¹⁵⁰

Da in diesem Aufruf nur von „Bauernräten“ die Rede war, richteten die Landarbeitergewerkschaften an den Reichsausschuß der deutschen Landwirtschaft das Ersuchen, die ländlichen Arbeiter an der Bildung der Räte zu beteiligen, dem auch stattgegeben wurde.¹⁵¹ In der folgenden Zeit kam es in vielen Gemeinden zur Wahl von Bauern- und Landarbeiterräten, die nach dem allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrecht erfolgen sollte.¹⁵² Als oberste Spitze dieser Pseudoräte wurde der „Zentral-Bauern- und Landarbeiterrat“ geschaffen, den man nach kurzer Zeit in „Reichs-Bauern- und Landarbeiterrat“ umbenannte. In ihm waren folgende Körperschaften vertreten: Deutscher Landwirtschaftsrat, Bund der Landwirte, Deutscher Bauernbund, Generalverband der deutschen Raiffeisengenossenschaften, Reichsverband der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften, Vereinigung der deutschen Bauernvereine, Allgemeiner Schweizerbund, Deutscher Landarbeiterverband, Hauptverband der Güterbeamtenvereinigungen Deutschlands,

150 *Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung* (im folgenden: *Dokumente*), Reihe II, 2. Bd., Berlin 1957, S. 367.

151 Vgl. *Archiv der Landarbeiterfrage*, 1. Sonderreihe, 1. H., Berlin 1919, S. 44 f.

152 Vgl. *Dokumente*, Reihe II, 2. Bd., S. 481.

Zentralverband der Forst-, Land- und Weinbergсарbeiter Deutschlands. Bereits diese Zusammensetzung läßt den demagogischen Charakter der Bauern- und Landarbeiterräte erkennen: Sie waren in erster Linie als Interessenvertretungen der Gutsbesitzer und wohlhabenden Bauern gedacht und sind es im allgemeinen auch gewesen.

Für die Tätigkeit der Räte ergingen am 25. November 1918 folgende Richtlinien: „Aufgabe der ‚Bauern- und Landarbeiterräte‘ ist Unterstützung der zuständigen Behörden durch

1. Mitwirkung und Beratung bei Erfassung und Schutz der vorhandenen Lebensmittel, bei der Regelung ihrer Ablieferung an die bezugsberechtigten Stellen und bei der Bekämpfung des Schleichhandels.
2. Erhaltung der landwirtschaftlichen Betriebe. Förderung der Erzeugung, insbesondere durch Sicherung von Saatgut und Steigerung des Anbaues, Wiederaufbau der Viehzucht, Förderung des Genossenschaftswesens.
3. Mitwirkung bei der Aufnahme der entlassenen Kriegsteilnehmer und der Beschaffung von Arbeit und Wohnung für diese gemäß den Bestimmungen der Demobilisationsbehörde.
4. Gegenseitige Hilfe beim Schutz von Personen und Eigentum.“¹⁵³

Aber nicht überall nahmen die Bauern- und Landarbeiterräte den vorgezeichneten Charakter an. In einem Schreiben vom 16. Januar 1919 wandte sich der Staatssekretär des Reichsernährungsamtes gegen Bestrebungen, die Bauern- und Landarbeiterräte als eine Art Arbeiter- und Soldatenräte der Landgemeinde zu gestalten. In diesem Zusammenhang bemerkte er: „Verschiedentlich ist namentlich von Arbeiter- und Soldatenräten in offensichtlicher Verkennung der verschiedenartigen Aufgaben und Befugnisse eine Beeinflussung oder anderweitige Gestaltung der Bauern- und Landarbeiterräte versucht oder ausgeführt worden.“¹⁵⁴

Namentlich aus Pommern wurde bekannt, daß Leiter von Arbeiter- und Soldatenräten ihre revolutionäre Tätigkeit auf die umliegenden Ortschaften ausgedehnt und dabei Landarbeiterstreiks organisiert hatten.¹⁵⁵

153 Ebenda, S. 482.

154 *Archiv der Landarbeiterfrage*, 1. Sonderreihe, 1. H., S. 48 f.

155 Für Stolz und Schivelbein vgl. B. Dopierala, Der Einfluß der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution auf Pommern, Wiss. Ztschr. d. Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald, Jg. VI, 1956/57, Ges. u. sprachw. Reihe Nr. 4, S. 233. Auch der Arbeiter- und Soldatenrat in Damgarten (Vorpommern) nahm Verbindung zu den Landarbeitern auf. Vgl. W. Wil-

Der Arbeiter- und Soldatenrat zu Mühlberg/Elbe unterstützte die Landarbeiter des Gutes Güldenstern und der Domäne Borschütz im Kreise Liebenwerda bei der Wahl von Betriebsräten. Ein Zug von mehreren hundert Menschen, der eine rote Fahne mit der Inschrift „Nieder mit der Blutregierung Ebert-Scheidemann“ mitführte, traf am 26. Februar 1919 auf dem Domänenhof zu Borschütz ein und setzte die Wahl eines Betriebsrates durch. Der Domänenpächter, der in diesem Akt schon eine Sozialisierung des Betriebes sah, konnte erst am 4. März seine Funktion wieder übernehmen,¹⁵⁶ nachdem er den Betriebsrat und die von diesem veranlaßten Lohnerhöhungen anerkannt hatte. Im allgemeinen aber wurden in diesen Wochen die ostelbischen Landarbeiter von revolutionären Arbeitern aus der Stadt viel zu wenig unterstützt.

Die wachsende Kampfbereitschaft der ostelbischen Landarbeiter spiegelte sich auch in den Mitgliederzahlen des Deutschen Landarbeiterverbandes wider. Hatte der DLV 1918 im Jahresdurchschnitt insgesamt einen Stand von 9 923 Mitgliedern aufzuweisen, so erhöhte sich deren Zahl Ende 1919 auf 624 935.

Die ostelbischen Landarbeiter waren dabei 1919 wie folgt vertreten:¹⁵⁷

Ostelbische Gebiete	Ortsgruppen	Gesamtmitgliederzahl	davon		darunter	
			männlich	weiblich	Forst- arbeiter	Schwei- zer
Ostpreußen	650	40 796	32 330	8 466	1 653	937
Westpreußen	284	22 243	17 695	4 548	1 429	252
Schlesien	804	57 921	30 658	27 263	5 998	460
Brandenburg u. Teil Posen	1 033	54 395	39 342	15 053	6 038	880
Pommern	870	66 827	49 173	17 654	2 587	873
Mecklenburg	341	33 544	31 098	2 446	2 947	298

helmus, Die Rolle der Räte in Vorpommern, in: ZfG, 1956, H. 5, S. 981. Der Vorsitzende des Arbeiterrates in Rummelsburg/Pommern organisierte im Juni 1919 in 11 Gutsbezirken Streiks zur Durchsetzung von Lohnforderungen der Landarbeiter. Vgl. Merseburg, Rep. 87 B Arbeitersachen, Nr. 24, Bd. 2, Bl. 188. Auch der Vorsitzende des Arbeiterrates in Putzig (Westpreußen) soll im Januar 1919 in ähnlichem Sinne auf die Landarbeiter des Kreises eingewirkt haben. Vgl. Merseburg, Rep. 87 B Arbeitersachen, Nr. 24, Bd. 2, Bl. 93.

¹⁵⁶ Vgl. Merseburg, Rep. 77, Tit. 1373a, Nr. 14, Bd. 1, Bl. 76, 102, 103.

¹⁵⁷ Vgl. *Archiv der Landarbeiterfrage*, 2. Folge, H. 1, S. 58 f.

Die Landarbeiter waren weit davon entfernt, mit der Beseitigung der Ausnahmegesetzgebung und Gesindeordnungen durch den Aufruf des Rates der Volksbeauftragten vom 12. November 1918 ihre Hauptforderungen erfüllt zu sehen. Was sie darüber hinaus von der Revolution erwarteten und forderten, war eine Landzuteilung auf der Grundlage einer Bodenreform, die Erhöhung des Tagelohns und eine Verkürzung der Arbeitszeit, kurzum eine grundlegende Umgestaltung ihrer wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse. Bei der Behandlung dieser Forderungen wurde klar, daß die rechten SPD- und Gewerkschaftsführer nicht gewillt waren, die Interessen der ländlichen Arbeiter wahrzunehmen; vielmehr erwiesen sie sich als Sachwalter der ostelbischen Großgrundbesitzer.

Der Arbeiterführer Otto Buchwitz berichtet zum Beispiel folgende Begebenheit: „Ungefähr in den Januar- oder Februartagen 1919 erschienen bei mir im Landratsamt eine ganze Reihe schlesischer Junker. Der Graf Schaffgotsch, die Herren von Arnim, von Solms und andere, die mir erklärten: ‚Herr Buchwitz, wir wissen, daß jetzt die Zeit gekommen ist, wo wir Land zu Siedlungszwecken abtreten müssen. Können Sie uns sagen, wieviel wir abgeben müssen?‘ Großartig erwiderte ich: ‚Alles!‘“

Ich fuhr nach Berlin, um den Volksbeauftragten mitzuteilen, in welcher Angst und – geboren aus dieser Angst – mit welcher Bereitwilligkeit die Junker einer Bodenreform entgegensahen. Ich bekam zur Antwort: ‚Wir haben jetzt Wichtiges zu tun und andere Sorgen.‘“¹⁵⁸

Immer wieder war auf seiten der rechten SPD- und Gewerkschaftsführung das Argument zu hören, die Durchführung einer Bodenreform würde zu Ernährungsschwierigkeiten größten Ausmaßes führen. Der Sozialdemokrat Otto Braun erläutert seine Haltung als damaliger Landwirtschaftsminister in Preußen in seinen Erinnerungen wie folgt:

„Die zur Erhöhung der Kampffreudigkeit der Truppen in den Schützengräben getriebene Siedlungspropaganda, die meist mit ganz phantastischen unrealisierbaren Landversprechungen verbunden war, hatte nicht zum geringsten dazu beigetragen, weiteste Volkskreise mit Landhunger zu erfüllen.“

Das hatte zur Folge, daß ganz unbillige, volkswirtschaftlich nicht zu vertretende Forderungen erhoben wurden. Diesen habe ich widerstrebt, was mir auch aus den Reihen der Linksparteien heftige Angriffe ein-

158 O. Buchwitz, 50 Jahre Funktionär der deutschen Arbeiterbewegung, Berlin 1950, S. 82.

LXVIII

trug. Dort wurde oft die restlose Zerschlagung des Großgrundbesitzes gefordert, was in jener Zeit der größten Ernährungsschwierigkeiten zu einer Katastrophe geführt hätte. Ich habe mich von meinem Ziel, die innere Kolonisation zu einem volkswirtschaftlichen und sozialen Fortschritt zum Wohle des Volksganzen zu gestalten, nicht abbringen lassen.¹⁵⁹

Die Geschichte hat aber gelehrt, daß die von Otto Braun und seinen Gesinnungsgenossen betriebene Landwirtschaftspolitik nicht dem „Wohle des Volksganzen“ diene, sondern ihre Nutznießer nur in den Reihen der Gutsbesitzer und Großbauern fand. Ihre wirtschaftliche Vormachtstellung auf dem Lande erfuhr durch das Reichssiedlungsgesetz vom 11. August 1919¹⁶⁰ im Grunde genommen keinerlei Einbuße. Nach § 22 dieses Gesetzes konnten Landgemeinden und Gutsbezirke zur Abgabe bis zu 5 Prozent der landwirtschaftlich genutzten Gemeinde- oder Gutsfeldmark als Pacht- oder Nutzland verpflichtet werden. Im § 24 wurde den Landgemeinden das Recht eingeräumt, notfalls das Pacht- oder Nutzland durch Zwangspachtung oder Enteignung zu beschaffen. Zur Bereitstellung des Pachtlandes für den Bedarf der Landarbeiterhaushalte wurde in erster Linie der jeweilige Arbeitgeber verpflichtet. Eine Abtretung oder Aufteilung ganzer Wirtschaftseinheiten galt jedoch als ausgeschlossen. Der Anreiz zur Übernahme von Pachtländereien unter den gegebenen Bedingungen war aber beim ostdeutschen Landarbeiter sehr gering.

Von besonderer Tragweite für die ländlichen Arbeiter wurde die im Reichsbauern- und Landarbeiterrat ausgehandelte „Vorläufige Landarbeitsordnung“, der die Reichsregierung am 24. Januar 1919 Gesetzeskraft verlieh.¹⁶¹ Mit ihr sollte jene Lücke in der Gesetzgebung geschlossen werden, die durch die Aufhebung der Ausnahmebestimmungen gegen die Landarbeiter entstanden war.

Im wesentlichen wurde in ihr festgelegt:

1. Für die Betriebe der Land- und Forstwirtschaft samt ihren Nebenbetrieben gelten die Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches über den Dienstvertrag. Sie werden ergänzt durch die Bestimmungen der „Vorläufigen Landarbeitsordnung“.
2. Die tägliche Höchstarbeitszeit beträgt in vier Monaten durchschnittlich acht, in vier Monaten durchschnittlich zehn und in den anderen

159 *Von Weimar zu Hitler*, Hamburg 1949, S. 23.

160 Vgl. *Reichsgesetzblatt*, Jahrg. 1919, Nr. 155, S. 1429–1436.

161 Vgl. ebenda, Nr. 21, S. 111–114.

vier Monaten elf Stunden. Geleistete Überstunden müssen besonders vergütet werden.

3. Die Zahlung des Barlohnes hat in der Regel wöchentlich, die Lieferung des Naturallohns vierteljährlich zu erfolgen.
4. Die Wohnungen sollen in sittlicher und hygienischer Hinsicht einwandfrei und für Verheiratete unter Berücksichtigung der Kinderzahl ausreichend sein.
5. Der Dienstvertrag kann von beiden Vertragsparteien ohne Kündigung gelöst werden, wenn einer der nachstehenden Gründe vorliegt:
Tätlichkeiten, grobe Beleidigungen, unsittliche Zumutungen im Arbeitsverhältnis, beharrliche Verweigerung oder grobe Vernachlässigung der Dienstleistungen, wiederholt unpünktliche Lohnzahlung, schlechte Kost und Wohnung. Politische und gewerkschaftliche Betätigung darf nicht Grund zur Entlassung sein.
6. Für den Arbeiter günstigere gesetzliche oder vertragliche Bedingungen bleiben bestehen.

Es ist nicht verwunderlich, daß die landwirtschaftlichen Interessenvereinigungen dieser Landarbeitsordnung zustimmten, denn vergeblich sucht man in ihr etwas von dem revolutionären Geist ihrer Entstehungszeit.

Selbst an die ihnen entgegenkommenden Vorschriften der „Vorläufigen Landarbeitsordnung“ haben sich zahlreiche Gutsbesitzer nicht gehalten. Viele Landarbeiterfamilien mußten weiterhin in menschenunwürdigen Behausungen wohnen und waren den Schikanen ihrer „Arbeitgeber“ ausgesetzt. Politische und gewerkschaftliche Betätigung galt zwar nach der Landarbeitsordnung nicht als Entlassungsgrund, doch die Praxis sah anders aus. Es gab für die Gutsbesitzer genügend Möglichkeiten, politisch unbequeme Landarbeiter abzuschieben oder mundtot zu machen. Der Deutsche Landarbeiterverband wäre durch seine zahlenmäßige Stärke in der Lage gewesen, sie in die Schranken zu weisen, aber seine Führer wählten mit wenigen Ausnahmen nicht den Weg des Kampfes, sondern paktierten weiterhin mit den Junkern.

Die Gründung der KPD war auch für die politische Situation auf dem Lande von großer Tragweite. Seither wuchs jene gesellschaftliche Kraft heran, die die politische Orientierung der ländlichen Arbeiter in den folgenden Jahren auch in den ostelbischen Gebieten wesentlich bestimmte.

Bereits der Spartakusbund suchte agitatorisch auf die Landarbeiter einzuwirken. Unter der Überschrift „Ein Anschlag auf das Landprole-

tariat“ brachte die „Rote Fahne“ am 1. Dezember 1918 einen redaktionellen Artikel, der sich mit dem Aufruf zur Bildung der Bauern- und Landarbeiterräte auseinandersetzte. In ihm wurden die von der Regierung erlassenen Richtlinien zur Wahl der Räte als „kodifizierter Verrat am Landproletariat“ charakterisiert und die Forderungen erhoben, den Wahlmodus „als groben Verstoß gegen die proletarische Demokratie“ umzustößen, zur Rätewahl nur Landarbeiter und Kleinbauern zuzulassen und auch den Zentral-Landarbeiter- und Bauernrat auf dieser Grundlage zu bilden.¹⁶²

Auf dem Gründungsparteitag der KPD erklärte Rosa Luxemburg in ihrem Referat: „Wenn wir ernst machen wollen mit einer sozialistischen Umgestaltung, müssen Sie Ihr Augenmerk ebenso auf das flache Land richten, wie auf die Industriezentren... Wir müssen deshalb nicht bloß das Arbeiter- und Soldatenräte-System ausbauen, sondern auch die Landarbeiter und Kleinbauern in dieses System der Räte einführen.“¹⁶³

Wenn diese Worte Rosa Luxemburgs auch keine groß angelegte Offensive zur Gewinnung der Landarbeiter und Kleinbauern auslösten, so blieben sie dennoch nicht ohne Wirkung. In verschiedenen Gegenden Deutschlands war in den folgenden Monaten die junge KPD bestrebt, Einfluß auf die Landarbeiter und Kleinbauern zu erhalten. Zu diesem Zwecke wurde ab Sommer 1919 die Zeitung „Der Pflug“ herausgegeben und auch mit dem Aufbau eines „Verbandes kommunistischer Landarbeiter und Kleinbauern Deutschlands“ begonnen.

Gemessen an den Anstrengungen blieben die Erfolge jedoch gering, was nicht zuletzt auf die Tatsache zurückzuführen war, daß die KPD in ihrer Agrarpolitik Schwächen und Fehler aufwies. Um die Masse der Landarbeiter und Kleinbauern in die revolutionäre Bewegung einzubeziehen, hätte die Partei nicht nur die Enteignung des Großgrundbesitzes auf die Tagesordnung stellen dürfen, sondern zugleich auch für die Aufteilung eines beachtlichen Teiles des Junkerlandes eintreten müssen. Doch gerade gegen diese Forderung sträubten sich maßgebende

162 Vgl. Dokumente, Reihe II, Bd. 2, S. 519 ff.

163 *Bericht über den Gründungsparteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands* (Spartakusbund) vom 30. Dezember 1918 bis Januar 1919, S. 39 f.; G. Uhlmann, Die Stellung des Gründungsparteitages der KPD zum Bündnis der Arbeiterklasse mit der werktätigen Bauernschaft, in: Die Gründung der Kommunistischen Partei Deutschlands, Berlin 1959; derselbe, Die Landarbeiter und Bauern in der Novemberrevolution und im Frühjahr 1919, Phil. Diss. Berlin 1961.

Revolutionäre, wie z. B. Rosa Luxemburg, die schon 1917 in der Landaufteilung durch die Bolschewiki eine gegen den Sozialismus gerichtete Maßnahme sah.

Bei der Überwindung opportunistischer und sektiererischer Auffassungen in der Agrarfrage leistete Lenin den deutschen Kommunisten eine große Hilfe, wobei er aus den Erfahrungen der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution schöpfen konnte. Von besonderer Bedeutung wurde dabei der II. Kongreß der Kommunistischen Internationale, für den Lenin Thesen zur Agrarfrage vorbereitet hatte.¹⁶⁴ In ihnen wurde eine unverzügliche und entschädigungslose Enteignung der Großgrundbesitzer durch das revolutionäre Proletariat verlangt und im Hinblick auf die künftige Bewirtschaftung des enteigneten Landes erklärt, daß es wohl darauf ankomme, in den fortgeschrittenen Ländern den landwirtschaftlichen Großbetrieb vorwiegend zu erhalten, was aber keineswegs zu einer schablonenhaften Lösung dieses Problems führen darf. Entscheidend ist die Frage, mit welchen Maßnahmen die politische Macht auf dem Lande am besten gesichert und die werktätige Landbevölkerung in eine feste Bundesgenossenschaft zum revolutionären Proletariat gebracht werden kann. Im Interesse eines erfolgreichen Verlaufs der Revolution muß selbst eine zeitweilige Senkung der landwirtschaftlichen Produktion in Kauf genommen werden.

Als erstrangigen Faktor, den es bei der Frage nach der Bewirtschaftungsform des enteigneten Großgrundbesitzes zu berücksichtigen gilt, nannte Lenin den Stand des politischen Bewußtseins der Landarbeiter. Nach seiner Ansicht „setzt nicht nur die Erweiterung, sondern selbst die Beibehaltung der Großproduktion in der Landwirtschaft einen durchaus aufgeklärten, revolutionär bewußten Landproletarier voraus, der eine solide Schule der gewerkschaftlichen und politischen Organisation durchgemacht hat“.¹⁶⁵

Der ostelbische Landarbeiter entsprach in der Novemberrevolution bei weitem noch nicht diesen Anforderungen, weil bislang eine revolutionäre Partei fehlte, die ihn für seine revolutionäre Mission auf dem Lande hätte vorbereiten können. Die KPD strebte u. a. mit dem „Verband kommunistischer Landarbeiter und Kleinbauern Deutschlands“ ein verändertes politisches Kräfteverhältnis auf dem Lande an, doch diese Maßnahme erwies sich als politisch falsch, denn in seinen Agrarthesen

164 Vgl. W. I. Lenin, Ursprünglicher Entwurf der Thesen zur Agrarfrage, in: Werke, Bd. 31, Berlin 1959, S. 140 ff.

165 Ebenda, S. 148.

forderte Lenin für die landwirtschaftlichen Lohnarbeiter ausdrücklich eine selbständige Organisation. Die KPD hätte sich vielmehr darauf konzentrieren müssen, die Masse der Mitglieder des Deutschen Landarbeiterverbandes von der rechtssozialistischen Führung zu trennen, um diesem Verband eine revolutionäre Orientierung zu geben.

Aber trotz aller Mängel, mit denen die Politik der KPD gegenüber den Landarbeitern behaftet war, blieben gewisse Erfolge nicht aus. Sie offenbarten sich besonders in den Tagen des Kapp-Putsches im März 1920, als große Teile der ostelbischen Landarbeiter – besonders in Ostpreußen, Pommern und Mecklenburg – sich aktiv an der Verteidigung der Republik beteiligten. Der IV. Parteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands (April 1920) würdigte dieses revolutionäre Auftreten und zog daraus die Lehre, politisch stärker als bisher auf die Landarbeiter einzuwirken.¹⁶⁶ Namentlich Ernst Thälmann war es, der die Leninsche Lehre nicht in Vergessenheit geraten ließ und danach trachtete, die Landarbeiter in die kommunistische Bewegung einzubeziehen.

166 Vgl. E. Könnemann/H.-J. Krusch, *Aktionseinheit contra Kapp-Putsch*, Berlin 1972, S. 118 ff.